

## Ziele

Dauerhafte europäische Friedensordnung, Liquidierung des napoleonischen Europas und dessen Neuordnung, Regelung des Verhältnisses zu Frankreich und gemeinsamer Kampf gegen die „revolutionären“ Ideen der Aufklärung.

## Bestimmende Prinzipien

- Restauration der vorrevolutionären politischen Verhältnisse (= Kontinuität)
- (dynastische) Legitimität (= Wiedereinsetzung der Königs- und Fürstenhäuser, deren Herrschaft Napoleon beseitigt hatte)
- Solidarität der Fürsten nach außen (= gemeinsame Bekämpfung der „revolutionären“ Ideen der Aufklärung: Liberalismus, Konstitutionalismus, Nationalismus) und monarchische Autorität (Gottesgnadentum) nach innen.

## Ergebnisse

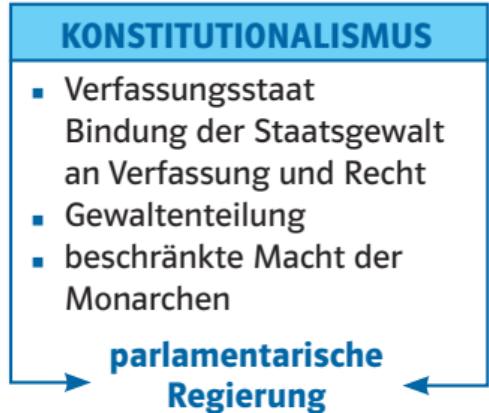
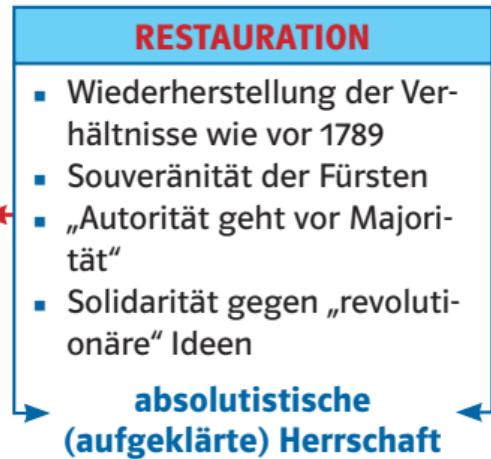
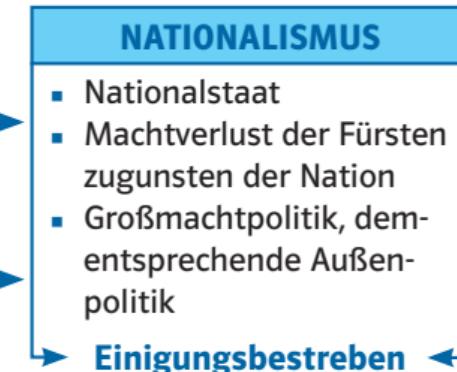
- Russland erhält Finnland und den größten Teil des Herzogtums Warschau (= Kongresspolen) als Königreich in Personalunion
- Großbritannien erhält die Kapkolonie, Ceylon sowie das strategisch wichtige Malta
- Österreich erhält die Lombardei und Venetien („Österreich wächst aus Deutschland hinaus“)
- Preußen: nördliches Sachsen, Thorn, Danzig, Posen, Vorpommern, die Rheinlande und Westfalen („Preußen wächst nach Deutschland hinein“)
- Frankreich behält (als Gegengewicht zu Russland) seine Grenzen von 1792
- das „Königreich der Vereinigten Niederlande“ (Österreichische Niederlande und Holland) wird als britischer „Festlandsdegen“ geschaffen
- auch die deutschen Mittelstaaten erhalten Gebietsgewinne



## Die Charakteristika des Deutschen Bundes

- Er war ein Staatenbund, d. h. ein lockerer Zusammenschluss souveräner Staaten und Städte;
- ihm gehörten 35 Fürstentümer und 4 Stadtrepubliken (Hamburg, Bremen, Lübeck und Frankfurt/Main) an;
- sein Zweck war die „Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten“ (= Erhaltung ihrer Souveränität nach außen und innen);
- da er „beständig“ sein sollte und kein Bündnis von Einzelstaaten sich gegen den Bund richten durfte, war er ein unauflösbares Defensivbündnis;
- Österreich und Preußen waren nur mit ihren deutschsprachigen Gebieten Mitglieder;
- drei ausländische Herrscher gehörten als souveräne deutsche Fürstentümer dem Deutschen Bund an: die Könige von England (Hannover), Dänemark (Holstein, Lauenburg) und der Niederlande (Luxemburg, Limburg);
- er hatte kein Staatsoberhaupt, keine Exekutive, kein einheitliches Heer, keine einheitliche Verwaltung und Rechtsprechung und auch bezüglich Wirtschaft, Finanzen, Verkehr, Maße, Gewichte etc. gab es keine Vereinheitlichung;
- der Bundestag zu Frankfurt, ein permanenter Gesandtenkongress, war seine (schwache) Zentralgewalt;
- seine Beschlüsse banden die Staaten bzw. deren souveräne Fürsten nicht.





Liberalismus, Konstitutionalismus und Nationalismus bestimmen das Grundgesetz (GG) maßgeblich. Dies verdeutlichen seine grundlegenden Elemente, z. B.:

- Unantastbarkeit der Menschenwürde, die eine Vorrangstellung unter den übrigen Grundrechten hat und die der Staat achten und schützen muss (Art. 1)
- Bekenntnis zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft (Art. 1)
- Bindung der staatlichen Gewalt durch die Grundrechte (Art. 1), die unmittelbar geltendes Recht sind
- Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2)
- Gleichheit aller vor dem Gesetz (Art. 3), Religionsfreiheit (Art. 4), Meinungsfreiheit (Art. 5)

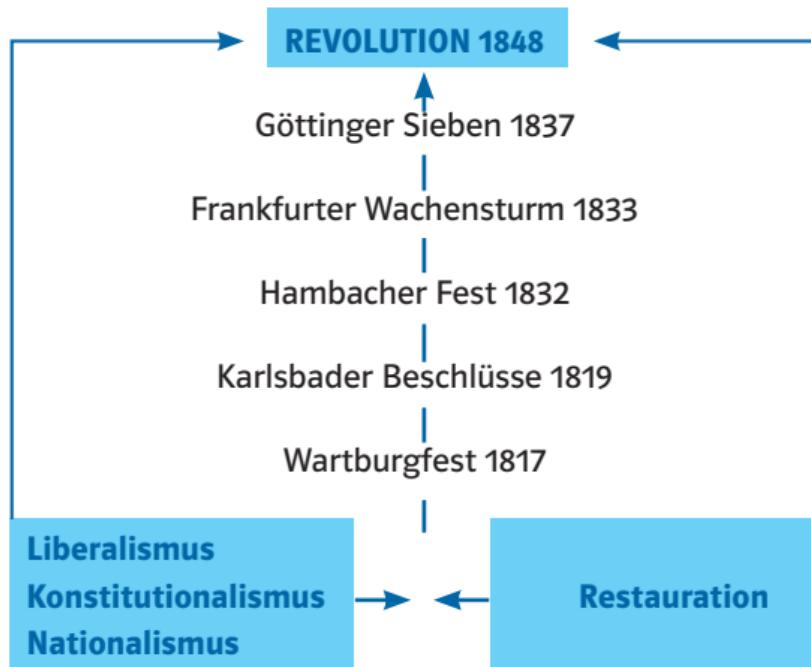
- die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat, in dem alle Macht vom Volk ausgeht (Art. 20). Dies bedeutet konkret, dass die Einhaltung der Grundrechte bzw. der Rechtsprinzipien durch unabhängige Gerichte und die Verfassungsgerichtsbarkeit gesichert wird. Derartige Rechtsprinzipien sind die Sicherung der Freiheit, der Rechtsgleichheit, der Rechtssicherheit und die Kontrolle der staatlichen Gewalt durch Gewaltenteilung.

Bei der Konzipierung des Grundgesetzes gingen die Mitglieder des Parlamentarischen Rats 1948/49 von dem Leitgedanken aus, die Wiedererrichtung einer Diktatur ein für alle Mal zu verhindern. Deshalb erklärten sie die grundlegenden Prinzipien der staatlichen Ordnung für unveränderlich (Art. 79.3). Dazu gehören die Art. 1 und 20 GG.



**Definition:** Der „Vormärz“ bezeichnet die Zeit (in Deutschland) zwischen dem Wiener Kongress und der Märzrevolution von 1848. Sie wird geprägt von der Auseinandersetzung zwischen restaurativen Fürsten und dem liberal, konstitutionell und national geprägten Bürgertum.

**Ereignisse:**





!

## **Österreich:**

### **Die Armee rettet die Donaumonarchie**

- Liberale, konstitutionelle und nationale Forderungen sowie politisch-ethnische Konflikte schaffen im Vielvölkerstaat eine revolutionäre Situation.
- 13. März: Ausbruch der Unruhen in Wien, Entlassung und Flucht Metternichs.
- Aufstände in Prag, Oberitalien, Wien und Ungarn werden mit Waffengewalt beendet.
- Kaiser Ferdinand I. dankt Ende 1848 zugunsten seines Neffen Franz Joseph I. ab. Die Regierung Schwarzenberg stellt mit Hilfe des Militärs die alten Verhältnisse wieder her.

### **Preußen: „Revolution aus Versehen“**

1847: Wachsende Spannungen zwischen Friedrich Wilhelm IV. und dem Bürgertum, das für die Volksvertretung („Vereinigter Landtag“) mehr Rechte will. März 1848: Liberale Zugeständnisse des Kö-

nigs (Aufhebung der Zensur, Wiedereinsetzung des Vereinigten Landtags, Verfassungsversprechen).

18.3.1848: Berliner wollen dem König vor seinem Stadtschloss danken. Nervöse Wachen eröffnen das Feuer. Die Berliner glauben sich vom König verraten. Folge: blutige Barrikadenkämpfe (143 Gefallene). Der König lenkt noch am selben Tag ein, verspricht in der Proklamation „An meine lieben Berliner“ den Abzug der Truppen.

19.3.: Der König ehrt öffentlich die Gefallenen, macht Zugeständnisse an die Nationalen (21.3.: „Fortan geht Preußen in Deutschland auf.“) und bildet ein liberales Kabinett.

## **Mittel- und Kleinstaaten:**

### **Rasches Nachgeben, liberale Zugeständnisse**

Liberale „Märzkabinette“, Erlass liberaler Verfassungen. Die Fortführung der Revolution durch Radikale in Süddeutschland beenden im Sommer 1849 preußische Truppen.



1. Drei Problembereiche erwiesen sich als äußerst kompliziert:

- **STAATSFORM:** Monarchie (erblich, Wahl) oder Republik?
- **STAATSGEBIET:** Großdeutsch (mit Gesamtösterreich oder Deutschösterreich) oder kleindeutsch (ohne Österreich)?  
**Einheitsstaat** (unitarisch, starke Zentralgewalt) oder **Bundesstaat** (starke Einzelstaaten)?
- **STAATSORGANISATION:**

2. Gründe für das Scheitern der Nationalversammlung (NV):

- Grundlegende Probleme (s. oben) machen eine Einigung sehr schwierig
- die politische Zusammensetzung des „Honoratiorenparlaments“ verhindert die Konsensbildung

- geringe politische Erfahrung, mangelnder Realitätssinn der Abgeordneten
- Unfähigkeit zum Kompromiss
- kein parlamentarisches Instrumentarium (Fraktionen, Geschäftsordnung etc.)
- Unfähigkeit, Beschlüsse durchzusetzen (keine Verwaltung, Exekutive, Geld)
- eigenmächtige, gewaltsame Aktionen süddeutscher Radikaler
- Niederschlagung revolutionärer Aktionen durch reguläre Truppen mit Billigung der Mehrheit der Nationalversammlung spaltet diese
- schwindender Rückhalt in der Bevölkerung
- wachsende soziale Differenzen zwischen Bürgertum und Arbeitern
- Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.
- Ablehnung der Paulskirchenverfassung durch die Groß- und Mittelstaaten



## 1. Waren die Ereignisse vom März 1848 eine Revolution?

„Klassische“ Revolutionen sind die Französische Revolution oder die russische Oktoberrevolution. Sie werden als Modellrevolutionen bezeichnet, weil sie alle typischen Elemente aufweisen. Dazu gehören: erhebliche politische und gesellschaftliche Konflikte; eine politische Konkurrenzideologie; die Revolution geht vom Volk aus; gewaltsames Vorgehen, Blutvergießen; tief greifende politische und gesellschaftliche Veränderungen als Ergebnis.

Vor diesem Hintergrund können die Ereignisse vom März 1848 nicht als Revolution be-

zeichnet werden. Die Konflikte waren nicht erheblich, Träger der Forderungen war nicht das Volk, sondern das Besitz- und Bildungsbürgertum sowie die Studenten. Die Mehrheit der Liberalen wollte keine radikalen Veränderungen (keine Republik, lediglich demokratische Verbesserungen). Eine grundlegende gesellschaftspolitische Umstrukturierung wurde nur von einer kleinen, isolierten Gruppe Radikaler angestrebt; insgesamt gab es zu wenig einheitliche Ziele und auch kein gemeinsames Vorgehen. Entscheidend ist, dass nur kurzfristige Gewinne erreicht wurden.

## 2. Für die Beurteilung der Revolution von 1848 spielen folgende Faktoren eine Rolle:

- Das Scheitern war vorprogrammiert
- es gibt keine kurzfristigen Veränderungen, jedoch wichtige langfristige: Einheitsgedanke, Liberalismus, Konstitutionalismus werden stärker, kleindeutsche Lösung, Erbkaisertum

- Absolutismus ist nicht mehr möglich, verstärkte Politisierung des Volkes
- Verfassung wird zur Grundlage aller späteren
- aber: Unterdrückung der Demokratie, Behauptung des dominanten Fürstenstaates



**Definition:** Jahrzehnt von 1849 bis 1859, in dem die Fürsten wieder einen konservativen Obrigkeitstaat errichteten.

Maßnahmen	
<ul style="list-style-type: none"><li>■ Vereinheitlichung der antiliberalen Linie (Dresdner Konferenz 1850/51)</li><li>■ Wiederherstellung des Deutschen Bundes</li><li>■ weitgehende Rückgängigmachung der liberalen und demokratischen Märzgeständnisse</li><li>■ 1851: Formelle Aufhebung der Grundrechte des deutschen Volkes auf Antrag Preußens und Österreichs</li><li>■ Überwachung von Demokraten und Sozialisten</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>■ eine Bundeszentralkommission („Reaktionsausschuss“) vereinheitlicht die Reaktionspolitik</li><li>■ 1854: Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit</li><li>■ Festigung des monarchischen Prinzips</li><li>■ verstärkte staatliche Überwachung und Kontrolle der Schulen, Universitäten und Vereine</li><li>■ harte Repressionen gegenüber den revolutionären Kräften</li></ul>

Restauration des konservativen Obrigkeitstaats, wenn auch mit moderneren Zügen als vor 1848. Das Klima der Verängstigung zwingt die liberal-demokratisch gesinnten Deutschen, sich anzupassen oder auszuwandern. Das Bürgertum wendet sich von „re-

volutionären“ Ideen ab, beschränkt sich auf „Realpolitik“, hält jedoch am Nationalstaat fest. Verfassungstradition, nationale und liberal-demokratische Ideen werden unterdrückt, jedoch nicht ausgelöscht.



## URSACHEN

- Heeresreform
- Militär ist Angelegenheit des Königs
- Etatbewilligung ist Recht des mehrheitlich liberalen Abgeordnetenhauses („Budgetrecht“)
- Ablehnung des Etats: Zu teuer, Verlängerung der Wehrpflicht von 2 auf 3 Jahre, Schwächung der bürgerlichen Landwehr; befürchtete Stärkung des monarchischen Prinzips

## VERLAUF

- 1860/61 provisorische Etatbewilligung
- Dez. 1861: Neuwahlen verstärken die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses
- Wilhelm I. löst das preußische Parlament auf, schreibt Neuwahlen aus
- diese bestätigen die liberale Mehrheit
- Wilhelm I. denkt an Abdankung
- Kriegsminister von Roon schlägt Bismarck als Ministerpräsidenten vor

## ERGEBNISSE

- Ernennung Bismarcks
- dieser übergeht das Budgetrecht per „Lückentheorie“: Verfassung regelt eine derartige Unregierbarkeit Preußens nicht. In diesem Falle gehen die Rechte des Parlaments an den König als Verfassungsgeber.
- Bismarck gilt den Liberalen und Nationalen in Deutschland als „Verfassungsbrecher“

## FOLGEN

Prinzipienstreit zwischen monarchischem Staat und bürgerlicher Gesellschaft bzw. zwischen Wilhelm I. und dem Abgeordnetenhaus um Grundfragen der Verfassung. Im Prinzip geht es um die Frage, wer sich durchsetzt (= Machtfrage).

## Die politischen Grundprinzipien Bismarcks

- Erhaltung der monarchisch-konservativen Staatsordnung
- Realpolitik: Eigennutz und Egoismus (Staatsegoismus) sind Grundlagen eines starken Staates; oberste Maxime des politischen Handelns ist der Nutzen des Staates
- Konvenienzprinzip (= unideologisches Zweckmäßigkeitssprinzip, Politik der freien Hand, „Laissez-faire-Politik“): Keine starre ideologisch-politische Festlegung bei der Wahl der Bündnispartner (gilt für die Außen-, nicht für die Innenpolitik)
- dennoch grundsätzliches Festhalten an den entscheidenden innenpolitisch-ideologischen Grundlagen (monarchisch, anti-liberal, antidemokatisch, antisozialistisch)
- bewusste Konfliktverschärfung durch Schaffung von „Reichsfeinden“
- die „deutsche Frage“, die nationale Einheit, ist Mittel zur Erreichung der preußischen Vorherrschaft in Deutschland
- Kabinetts- und Geheimdiplomatie, Krieg (bei günstiger Lage) als politisches Mittel



### Ziele

Stärke Preußens

Führung Deutschlands

europäische Großmachtsstellung für Preußen bzw. Deutschland

**bestimmen die preußische/deutsche Politik 1862 bis 1890**



## Ursachen

- Preußisch-österreichische Konflikte bei der Verwaltung von Schleswig und Holstein
- Zuspitzung des Dualismus, Bereitschaft, diesen militärisch zu lösen.

## Verlauf

- Österreich legt die Schleswig-Holsteinische Frage dem Bundestag vor. Dies betrachtet Preußen als Bruch des Vertrags von Gastein (1865)
- Preußen besetzt Holstein
- Österreich erreicht vom Deutschen Bund die Mobilmachung gegen Preußen
- Austritt Preußens aus dem Deutschen Bund.  
Preußen plus 18 norddeutsche Klein- und Mittelstaaten stehen Österreich plus 13 süddeutschen Staaten sowie Sachsen und Hannover gegenüber
- rascher Sieg Preußens in Böhmen (Königgrätz) gegen Österreich bzw. gegen die süddeutschen Staaten

## Ergebnisse

- Annexion der norddeutschen Staaten, die gegen Preußen gekämpft hatten
- Gründung des Norddeutschen Bundes durch Bismarck (1866)
- Österreich verliert Venetien, scheidet aus Deutschland aus, hat keinen Einfluss mehr auf die Neuordnung Deutschlands
- die kleindeutsche Lösung hat sich endgültig durchgesetzt
- als Gegenpol zum von Preußen beherrschten Norddeutschen Bund entsteht ein unabhängiger Südbund
- Preußen ist eine europäische Großmacht
- der Erfolg rechtfertigt Bismarcks Vorgehen von 1862. Das preußische Abgeordnetenhaus beschließt die nachträgliche Budgetbewilligung und rechtfertigt das Vorgehen Bismarcks von 1862 durch die Indemnitätsvorlage (Indemnität = Straffreiheit)



## Die spanische Thronkandidatur

- Spanien bietet die Königskrone Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen an
- Bismarck sieht strategische Vorteile, überredet Wilhelm I. (= ranghöchster Hohenzoller), die Kandidatur zu befürworten
- die Kandidatur wird vorzeitig bekannt, löst in Frankreich Empörung aus („Einkreisung“)

## Die Emser Depesche

- Frankreich erreicht von Wilhelm I. die Rücknahme der Thronkandidatur, verlangt schriftlichen Verzicht für alle Zeit (9.7.)
- der franz. Botschafter, Graf Benedetti, bedrängt Wilhelm I. öffentlich (Bad Ems, 13.7.)
- diese Vorgänge werden per Depesche dem preußischen Außenministerium mitgeteilt
- Bismarck verkürzt (und verschärft dadurch) die „Emser Depesche“, lässt sie veröffentlichen, um Deutschland zu einen
- helle Empörung in ganz Deutschland

## Das deutsche Kaiserreich

- Bismarck erreicht, dass Ludwig II. von Bayern Wilhelm I. die deutsche Kaiserkrone anbietet
- 18.1.1871: feierliche Proklamation des Kaiserreichs zu Versailles, Wilhelm I. wird „deutscher Kaiser“
- das Deutsche Reich wird von den Fürsten gegründet, das Volk ist nicht beteiligt.

## Der Deutsch-Französische Krieg

- 19.7.1870: Frankreich erklärt Preußen den Krieg
- der Süddeutsche Bund erklärt sich mit Preußen solidarisch
- die deutschen Truppen dringen rasch vor
- erste Schlachten im deutsch-französischen Grenzgebiet
- Entscheidungsschlacht bei Sedan (2.9.), Gefangennahme Napoleons III., Ausrufung der Republik in Frankreich
- 10.5.1871 Friede von Frankfurt

## Die wesentlichen Charakteristika der Verfassung

- Das Deutsche Reich ist ein föderalistischer Bundesstaat (22 Fürstentümer, Hamburg, Bremen, Lübeck), der den Einzelstaaten viele Rechte lässt
- gemäßigt liberal (modernes Wahlrecht für Reichstag)
- Kaiser: völkerrechtliche Vertretung, legislative Mitwirkung, militärischer Oberbefehl, Ernennung/Entlassung der Regierung, Einberufung/Schließung des Reichstags
- Reichsregierung nur dem Kaiser verantwortlich
- Reichstag: Wahl durch die männlichen Deutschen über 25 (allgemein, gleich, frei, geheim); Budgetrecht (ohne Militärhaushalt; Gesetzesinitiative (mit Zustimmung des Bundesrats); keine Kontrolle über Militär, Regierung, Außenpolitik
- Bundesrat: Vertretung des Souveräns, Mitwirkung an der Legislative
- der Reichskanzler ist gleichzeitig preußischer Ministerpräsident und Vorsitzender des Bundesrats

## und ihre Problematik

Hauptproblem der von Bismarck konzipierten und auf sich zugeschnittenen Verfassung: Ungleiche Verteilung der Macht. Wenig Mitsprache des Volkes, die Macht liegt bei Kaiser, Bundesrat und Reichskanzler. Zu starkes Überge wicht der Exekutive. Deshalb war das Reich in der politischen Praxis in hohem Maße abhängig von einer fähigen Exekutive (Kaiser und/oder Reichskanzler). Nach 1890 (Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II.) wurde diese Problematik (vor allem in der deutschen Außenpolitik) deutlich.

bestimmen die politischen Verhältnisse des Kaiserreichs

## **Ursachen**

- Konflikt zwischen modernem Nationalstaat und dogmatisch-hierarchischer katholischer Kirche
- Konflikt zwischen katholischer Kirche und Liberalismus

## **Auslöser**

- Unfehlbarkeitsdogma 1870
- Gründung der Zentrumspartei

## **Maßnahmen**

- 1871 Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium
- 1872 staatliche Schulaufsicht (Preußen); Kanzelparagraph (Reichsgesetz); Jesuitengesetz (Reichsgesetz)
- 1873 Deutsches Kulturexamen als Voraussetzung für ein geistliches Amt; Beschränkung der kirchlichen Disziplinargewalt; obligatorische Zivilehe (Reichsgesetze)

- 1874 Expatriierungsgesetz für kirchliche Oppositionelle (Reichsgesetz)
- 1875 „Brotkorbgesetz“: Sperrung aller staatlichen Gelder für die katholische Kirche (Preußen); „Klostergesetz“: Verbot der Orden (Ausnahme: Pflegeorden; Preußen)

## **Verlauf**

Der Kulturkampf wird nicht einheitlich im Reich ausgetragen, sondern unterschiedlich stark in einzelnen Einzelstaaten, am stärksten in Preußen. Manche Maßnahmen werden Reichsgesetze. 1875: Papst Pius IX. erklärt alle Kulturkampfgesetze für ungültig und bedroht alle, die sie befolgen, mit dem Kirchenbann. Bis 1876: Alle katholischen Bischöfe in Preußen sind verhaftet bzw. ausgewiesen. „Schulterschluss“ der Katholiken im Reich, große Wahlgewinne des Zentrums. 1876: Niederlage Bismarcks offensichtlich; Beendigung des Kulturkampfes.



## 1. Die Entstehung der Sozialdemokratie

Ursache: Schlechte soziale Lage der Arbeiter

- **1848:** erste Zusammenschlüsse regionaler Arbeiterbildungs- und Arbeiterunterstützungsvereine
- **1863:** Ferdinand Lassalle schließt diese in Leipzig zum „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ zusammen. Ziel: Verbesserung der sozialen Lage mit dem Staat (= evolutionär)
- **1869:** August Bebel, Wilhelm Liebknecht gründen in Eisenach die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“. Ziel: Verbesserung der Lage durch sozialistische Gesellschaft (= revolutionär)
- **1875:** Gotha: Fusion beider Parteien zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“
- **1890:** Umbenennung in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“

## 2. Das Sozialistengesetz

**Ursache:** Wachsende Bedeutung der für Bismarck „reichsfeindlichen“ SPD.

**Auslöser:** 2 Attentate auf Wilhelm II. (1878). Keine Verbindung zur SPD. Dennoch erreicht Bismarck das „Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (21.10.1878).

**Inhalt:** Verbot der sozialdemokratischen, sozialistischen Vereine, Zeitungen, Versammlungen; Ausweisungsmöglichkeit bzw. Inhaftierung von Personen, die die öffentliche Ordnung gefährden; Geltungsdauer: 2 1/2 Jahre, bis 1890 verlängert.

### Ergebnisse:

- Solidarität der Arbeiterschaft, die SPD verdreifacht ihre Mitgliederzahl 1878–1890
- große Wahlgewinne, Entwicklung zur modernen Massenpartei
- 1912: Die SPD stellt die größte Fraktion im Reichstag
- Sozialistengesetz vergrößert die Spaltung im Volk.



## Die Bedingungsfaktoren der Außenpolitik

- Die Schaffung des Deutschen Reichs verschiebt das europäische Gleichgewicht
- Abbau des Misstrauens im Ausland
- Stabilisierung des Deutschen Reichs durch Konzentration auf die innere Entwicklung, Verzicht auf Kolonien (= Konfliktbereiche)
- geographische Mittellage Deutschlands
- „Erzfeindschaft“ Frankreichs und dessen Revanchebedürfnis für 1870/71
- Gegnerschaft Russland-Österreich auf dem Balkan
- gute Beziehungen zu Russland (Hilfe im Polenauftand 1863) und zu England; Verwandtschaft der Herrscherhäuser

## Die außenpolitische Konzeption

- Verstärkung der russisch-österreichischen Rivalitäten und deren Ablenkung an die Peripherie (nach Osten)
- starke Defensivstellung Russlands im Orient und an seinen Küsten, damit das Zarenreich das Deutsche Reich braucht
- befriedigende Verhältnisse für Großbritannien und Russland, damit sie, wie das Deutsche Reich, den Status quo erhalten
- Loslösung Großbritanniens von dem Deutschland feindlich gesinnten Frankreich
- Vermeidung einer russisch-österreichischen Konspiration gegen das Deutsche Reich durch entsprechende politische Beziehungen

## Übergeordnetes Ziel

„Politische Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich uns bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.“



1873 (-1878) **Dreikaiserbündnis** bzw. Dreikaiserabkommen (Alexander II., Franz Joseph und Wilhelm I.): Verständigung im Falle eines Angriffs einer vierten Macht. Damit erreicht Bismarck die Isolierung Frankreichs. Von Russland aufgekündigt wegen der Balkanfrage 1878.

1879 (-1918) Der **Zweibund** mit Österreich-Ungarn; Beistandsverpflichtung im Falle eines russischen Angriffs. Damit sicherte Bismarck den Beistand Österreich-Ungarns im Falle eines Zweifrontenkriegs gegen Frankreich und Russland. Kernstück des Bismarck'schen Bündnissystems.

1881 (-1887) Das geheime **Dreikaiserbündnis** zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Russland erneuerte das Dreikaiserabkommen. Die Bündnispartner sichern sich wohlwollende Neutralität zu, falls ein Land angegriffen wird. Der Vertrag verhindert ein französisch-russisches Zusammensehen.

1882 (-1914) Der geheime **Dreibund** (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Italien). Verpflichtung der Teilnehmer zum Beistand im Falle eines französischen Angriffs; wohlwollende Neutralität beim Angriffs einer anderen Macht.

1887 (-1890) Der geheime **Rückversicherungsvertrag** des Deutschen Reichs mit Russland verhinderte ein russisch-französisches Bündnis. Inhalt: Wohlwollende Neutralität im Kriegsfall (Ausnahmen: Angriff Russlands gegen Österreich-Ungarn bzw. des Deutschen Reichs gegen Frankreich).

1887 (-1896) **Orient-Dreibund** bzw. Mittelmeerabkommen zwischen Großbritannien, Österreich-Ungarn und Italien wurde auf Betreiben Bismarcks geschlossen. Ziele: Erhaltung des Status quo im Mittelmeerraum und im Orient bedeutet die Stärkung Österreichs und die weitere Isolierung Frankreichs.



## Die Bewertung Bismarcks

### Die Zeitgenossen

- 1862–1866: Überwiegend Ablehnung: „Verfassungsbrecher“, Machtpolitiker, „Reaktionär“.
- zwischen 1866 und 1871 Umschwung: „Diktator“, „Reichsgründer“, „eiserner Kanzler“, „Genie Bismarck“, Entwicklung zum nationalen Mythos.

### Weimar, Drittes Reich

- Weimarer Republik: erstmals kritische Bewertung Bismarcks.
- Drittes Reich: „eiserner Kanzler“, „Blut-und-Eisen“-Kanzler, machtbewusste Politik, aber Ablehnung seiner unideologischen, „unvölkischen“ Innenpolitik.

### nach 1945

- differenzierte Beurteilung seiner Politik.
- Negativ: autoritäre Verfassung und Lenkung des Deutschen Reichs; schafft den Obrigkeitsstaat und „Reichsfeinde“; „Spaltung, nicht Einigung des Volkes; Blut-und Eisen-Militarismus (= Keim für den Untergang der preußisch-deutschen Großmacht).
- Positiv: Kluge, überlegte, sehr komplizierte pragmatische und erfolgreiche Außenpolitik.

### Das Ausland

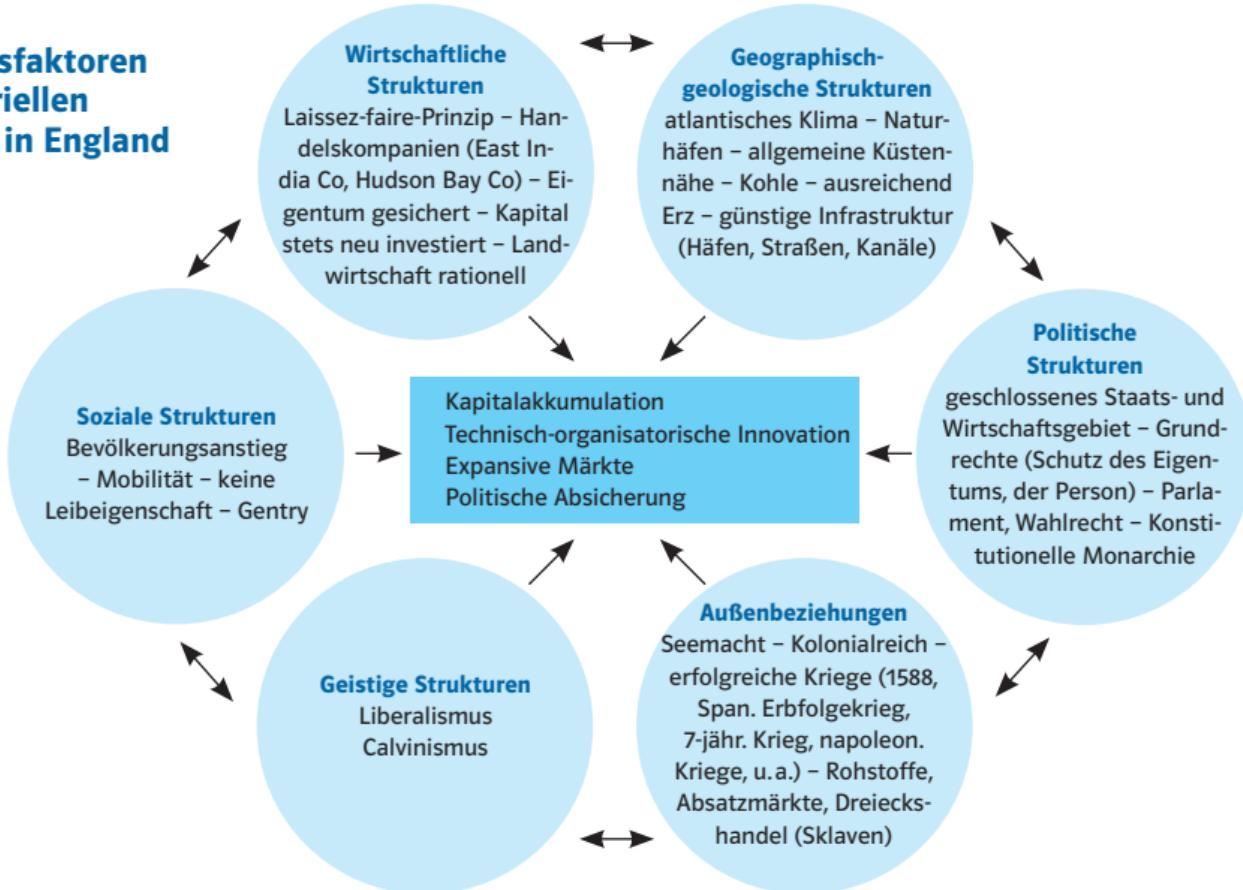
- 1862–1866 positivere Beurteilung
- nach 1866/1871 misstrauisch betrachtet
- nach 1878 großes Ansehen

**FAZIT:** Auch heute noch kontroverse Beurteilung, abhängig vom historisch-politischen Standort.

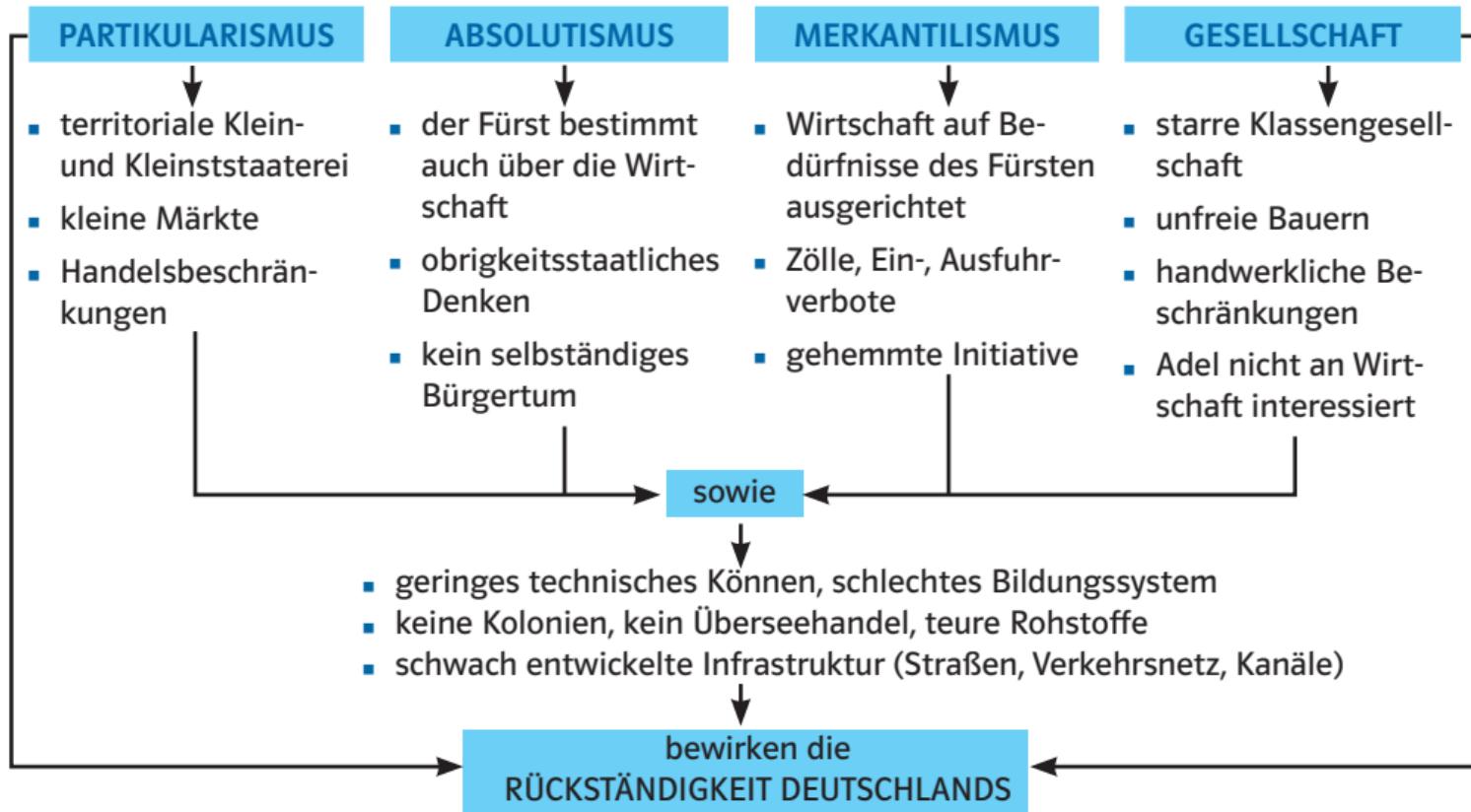
Grundsätzlich nötig: Unterscheidung zwischen dem fähigen, weitsichtigen Außenpolitiker und dem Innenpolitiker ohne Gespür für die neuen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts



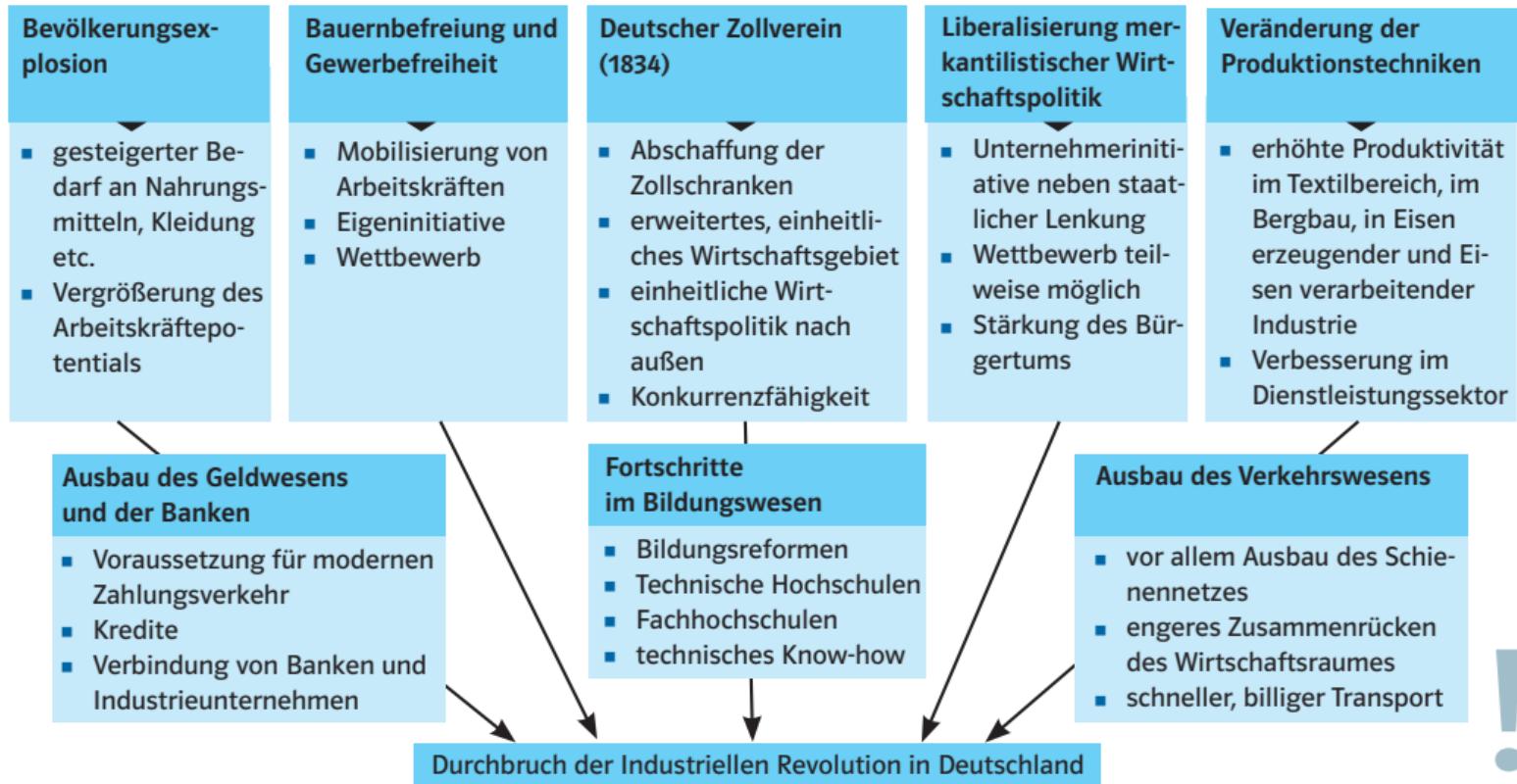
## **Bedingungsfaktoren der Industriellen Revolution in England**



!



## Die Bedingungsfaktoren der Industriellen Revolution in Deutschland (1835/50–1873)



## **1. Die Aufbruchphase (1800–1835/50)**

- Revolution von oben
- Abbau von Zöllen
- erste Ansätze einer wirtschaftlichen Einigung

## **2. Die Phase des „take off“ (= Startphase, = Industrielle Revolution, 1835/50–1873)**

- neue, verbesserte Produktionsverfahren, Arbeits- und Betriebsmittel
- verbesserte Verfahren der Stahlproduktion
- neue technische Entwicklungen (Schnellpresse, Dynamomaschine, Elektromotor)
- industrielle statt gewerblicher Produktion
- Ausbau der Verkehrswege
- neue Transportmittel (Eisenbahn)
- erhöhte landwirtschaftliche Produktion
- rasches Anwachsen der Schwerindustrie (= Schlüsselindustrie)
- verstärkte Kapitalinvestitionen

## **3. Die Gründerkrise (1873–ca.1885)**

- riskante wirtschaftliche Spekulationen
- 1873 Zusammensturz von Banken und Wirtschaftsunternehmen
- Folgen: wirtschaftlicher Rückgang, statt Wirtschaftsliberalismus Neomerkantilismus, Preisrückgang für gewerbliche Produkte, Verschlechterung der Situation des Arbeiterproletariats

## **4. Die Ausbauphase (ca. 1885–1914)**

- nach Überwindung der Gründerkrise (Gesund-schrumpfungsprozess) erneute Hochkonjunktur
- starkes Bevölkerungswachstum, einheitliches Wirtschaftsgebiet, günstige Produktionsbedingungen, reiche Kohle- und ausreichend Erzvorkommen, Verbesserung der schulischen und technischen Ausbildung sowie die Entstehung von Industriebanken und Aktiengesellschaften machen Deutschland zur stärksten europäischen Wirtschaftsmacht



## **1. Besonderheiten der sozio-ökonomischen Entwicklung Deutschlands**

- Ab 1850 sprunghaftes Ansteigen der Produktion
- Schrittmacher ist die Eisenbahn
- industrielle Zentren sind das Ruhrgebiet, Schlesien und das Saarland
- es entstehen Ballungsgebiete (Ruhrgebiet, Berlin, Rhein-Main-Gebiet)
- eine Binnenwanderung von Arbeitern und deren Familien vom Osten in den Westen Deutschlands führt zu einer Bevölkerungsumschichtung
- die Elektro- und die chemische Industrie sind weltweit führend
- enge Verflechtung von Industrie und Banken
- starke Proletarisierung der Arbeiterschicht

## **2. Der Aufstieg Deutschlands zur führenden Wirtschaftsmacht**

- starke Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion aufgrund besserer Verhüttungstechnik
- die chemische und pharmazeutische Industrie (z.B. Kunstdünger, Anilin) bringen Deutschland einen Produktionsvorsprung
- Gleches gilt für die Elektroindustrie; die Dynamomaschine von Siemens ermöglicht billigen Strom, die „Telegraphenbauanstalt Siemens und Halske“ wird weltweit führend
- intensiver Ausbau des Verkehrswesens: Chausseebau, Eisenbahn, Autoindustrie, Luftfahrt (Lilienthal, Zeppelin).
- sprunghaft anwachsender Außenhandel
- starker Ausbau des Geld- und Bankenwesens (Reichsbank, Deckung des Geldes durch Gold, bargeldloser Zahlungsverkehr)
- „made in Germany“ wird ein Qualitätszeichen



## Die soziale Frage im 19. Jahrhundert



- inhumane Arbeitsbedingungen
- überlange Arbeitszeiten
- fehlende Sicherheitsvorkehrungen
- gesundheitliche Schäden
- Frauen-, Kinderarbeit
- handwerkliche Konkurrenz
- niedrige Löhne
- strenge Arbeitsdisziplin

- Leben am Existenzminimum
- Armut, Hunger
- Wohnungselend (Mietskasernen, Slums)
- schlechtes Familienleben
- Verwahrlosung von Familien
- keine soziale Sicherheit
- Trucksystem
- extreme gesundheitliche Bedingungen

- politische Rechtlosigkeit
- Benachteiligung durch das Dreiklassenwahlrecht
- Streikverbot
- Koalitionsverbot
- politische und gesellschaftliche Deklassierung

prägt das Leben der Arbeiterschaft



## 1. Forderungen der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und des Marxismus

- Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle Deutschen
- freier Volksstaat und Erreichung der sozialistischen Gesellschaft ohne Gewalt
- direkte Gesetzgebung und Rechtsprechung durch das Volk
- allgemeine, kostenlose Schulpflicht
- unbeschränktes Koalitionsrecht
- Abschaffung aller Benachteiligung der Arbeiter
- achtstündiger Arbeitstag
- Verbot der Kinder- und der Nachtarbeit
- Veränderung der Verhältnisse per Revolution durch Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln (Marxismus); deren Umwandlung in gemeinsames Eigentum und dessen Nutzung zum Wohle aller; klassenlose Gesellschaft

## 2. Privatwirtschaftliche Lösungsversuche (Harkort, Stumm, Krupp, Abbe)

- Einrichtung von Betriebskassen (Kranken-, Invaliditäts-, Witwen-, Waisen- und Sparkassen)
- innerbetriebliche Rente, Betriebswohnungen, höhere Löhne, ärztliche Betreuung, Kleinkinder- und Hüttenschulen
- erwartete Gegenleistungen: Treue, völlige Unterordnung (patriarchalische Betriebsordnung), Gehorsam, Fleiß, ordentlicher Lebenswandel
- **Carl Zeiß:** Gewinnbeteiligung, Weihnachtsgeld, bezahlter Urlaub, Kündigungsschutz, 8-Stundentag (seit 1900)

## 3. Staatliche Sozialgesetzgebung

- 1883 Krankenversicherung
- 1884 Unfallversicherung
- 1889 Invaliditäts- und Altersversicherung



## Die Lösung der sozialen Frage bei Marx:

- Abschaffung des Privateigentums und aller klassenspezifischen Merkmale
- Verstaatlichung der Produktionsmittel
- Zentralisierung des Kapitals in den Händen des (proletarischen) Staates und gemeinschaftlicher Plan als Basis der Produktion
- Absterben des Staates, Führung des Volkes durch das Proletariat

## Kritik am Marxismus:

- Viele Aussagen stimmen für das 19. Jh.
- Aber: die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Strukturen haben sich völlig anders entwickelt als von Marx prognostiziert
- der Marxismus ist eine Ideologie, basiert nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen
- Marx' These, dass das materielle Sein das Bewusstsein bestimmt, ist falsch

## Christlich-kirchliche Lösungsversuche

- Franz von Baader (kath. Religionsphilosoph) fordert: Akzeptanz der Gewerkschaften, Petitions- und Beschwerderecht, stärkeres soziales Engagement des Klerus
- Johann Hinrich Wichern (ev. Theologe) gründet das „Rauhe Haus“ für Jugendliche und die „Innere Mission“ (Lebenshilfe für gesellschaftliche Randgruppen)
- Adolf Kolping (kath. Pfarrer) gründet Gesellenvereine und Gesellenhäuser
- Wilhelm von Ketteler (Bf. von Mainz) fordert rechtlichen Schutz der Arbeiter, Verbot der Kinderarbeit, gesetzliche Arbeitsregelungen
- Friedrich von Bodelschwingh setzt sich für Epileptiker, Gemüts- und Geisteskranken ein (Bethel) und für Wandergesellen
- Papst Leo XIII. fordert Zusammenarbeit von Staat, Kirche, Unternehmern und Arbeitern



## BEDINGUNGSFAKTOREN DER WILHELMINISCHE ÄRA

Person Wilhelms II.	Wilhelms persönliches Regiment	Militarismus
<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Überkompensation persönlicher Defizite</li><li>▪ lautstarkes, ungeschicktes, „säbelrasselndes“ Auftreten</li><li>▪ geringe politische und diplomatische Fähigkeiten</li><li>▪ Sendungsbewusstsein</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ antidemokratisch</li><li>▪ autoritär</li><li>▪ Übergehen der Verfassungsinstitutionen</li><li>▪ „Schattenregierungen“ (Militärs, Freunde, Günstlinge)</li><li>▪ will allein bestimmen</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ überzogener Militarismus</li><li>▪ Propagierung steter Kampf- und Kriegsbereitschaft</li><li>▪ bewusster Rüstungswettlauf (z.B. Flottenpolitik)</li><li>▪ gesellschaftspolitischer Führungsanspruch des Militärs</li></ul>

### Kennzeichnende Parolen Wilhelms II.:

- „Einer nur ist Herr im Reich; und keinen anderen dulde Ich.“ (1891)
- „Suprema lex regis voluntas“ (das oberste Gesetz ist der Wille des Königs; 1891)
- „Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert.“ (1892)
- „Zu Großem sind wir noch bestimmt und herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen“ (1892)
- „Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!“ (1900)



## DER IMPERIALISMUS

### Definition

1. Systematische Politik des Erwerbs und der Ausbeutung von Kolonien durch hohes staatliches und gesellschaftliches Engagement.
2. Außenpolitik europäischer Staaten, der USA und Japans ca. 1880–1914/18.

### Gründe und Ursachen

- Wirtschaftswachstum (neue Absatzmärkte, billige Rohstoffe, rentable Kapitalanlagen)
- Machtpolitik und außenpolitisches Prestige
- Nationalismus, Sendungsbewusstsein
- Populationsventil überbevölkter Nationen

### Imperialistische Mächte

- Great Britain: Zypern (1878); Afrika („Von Kapstadt bis Kairo“: Südafrika, Rhodesien, Brit. Ostafrika, Uganda, Sudan, Ägypten); Asien („Von Kairo bis Kalkutta“): Suez-Kanal, (1869),

Aden, Jemen, Oman, Indien

- Frankreich: Tunesien, Algerien, Marokko, Franz. Westafrika; Kambodscha, Vietnam
- Russland: Sibirien (1891 Transsibirische Eisenbahn); Nordchina (1905)
- USA: Kuba, Puerto Rico, Guam, Philippinen (1898), Hawaii (1900); Panamakanal (1904), „Dollarhegemonie“ in Mittel- und Südamerika
- Japan: Nordchina (1895), Korea
- weitere imperialistische Mächte: Belgien (Kongo); Italien (Abessinien, Tripolis); Deutschland (Deutsch-Südwest-, Deutsch-Ostafrika, Kamerun, Togo, Neuguinea, Kiautschou); Portugal; Spanien; Niederlande, Dänemark, Osmanisches Reich

**Auswirkungen:** Wettlauf um Kolonien, Konkurrenz, Aufrüstung, Konflikte; Prägung der internationalen Politik, Verstärkung des Nationalismus



## Die Ursachen

- Machtpolitische Gegensätze in Europa
- Auswirkungen des Imperialismus
- ausgeprägte Prestigepolitik der Großmächte
- ethnisch-politische Schwierigkeiten des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates
- Zerfall des Osmanischen Reichs
- Pulverfass Balkan
- deutsch-britische Rivalität im Flottenbau
- Weltmachtpolitik Wilhelms II.

## Die Außenpolitik Wilhelms II.

Aggressive, imperialistische Außenpolitik („Platz an der Sonne“):

- 1896 Krügertelegramm: Wilhelm.II. beglückwünscht Ohm Krüger (Präsident der Burenrepublik) zum Sieg gegen Großbritannien
- 1898: Orientreise Wilhelms, Bau der (Istanbul-) „Bagdadbahn“ durch Deutschland

- 1900: „Hunnenrede“
- Ausbau des Zweibunds, „Politik der freien Hand“ (= keine Rücksicht auf britische Interessen wegen erwartetem Krieg GB-R)
- Flottenbauprogramm („Risikoflotte“)
- „Daily Telegraph-Interview“ (1908): Arrogante Kommentierung der britischen Politik
- 1898–1901 und 1912 („Haldane-Mission“): Ablehnung britischer Flottenvertragsangebote

## Bündniskonstellationen

- 1894: Französisch-russisches Defensivbündnis gegen Angriff einer Dreibundsmacht nach Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags (von 1887)
- 1904: Entente cordiale (GB, F); ursprünglich koloniale, dann zunehmend europäische, speziell antideutsche Bedeutung
- 1907: Triple Entente (GB, F, R)



**1. Marokkokrise:** Das Deutsche Reich (DR) wendet sich gegen den franz. Einfluss in Marokko (1905). Wilhelm II. betont in Tanger Marokkos Unabhängigkeit. Die Konferenz von Algeciras bestätigt den französischen Einfluss. Das DR ist isoliert, gilt als „Provokateur“.

**1. Balkankrise** (1908): Ö-U annektiert Bosnien-Herzegowina (türkisch).

**2. Marokkokrise** (1911): marokkanischer Aufstand gegen Vorherrschaft F; „Panthersprung nach Agadir“ verändert nichts, verschärft die Konfliktsituation.

**2. Balkankrise:** Im 1. Balkankrieg (1912) verliert die Türkei gegen Serbien, Bulgarien, Montenegro, Griechenland fast alle europäischen Besitzungen. Der 2. Balkankrieg (1913) unter den Siegern macht den Balkan endgültig zum „Pulverfass“.

K  
o  
n  
f  
l  
i  
k  
t  
v  
e  
r  
s  
c  
h  
ä  
r  
f  
u  
n  
g

**28.6.1914:** Ermordung von Franz Ferdinand (Sarajevo)

**23.7.:** öster.-ung. Ultimatum an Serbien

**28.7.:** Kriegserklärung Ö-U an Serbien

**1.8.:** Kriegserklärung des DR an Russland

**3.8.:** Kriegserklärung des DR an Frankreich

**4.8.:** Kriegserklärung Großbritanniens an das DR.

1.  
W  
e  
l  
t  
k  
r  
i  
e  
g

**Kriegsschuldfrage:** Unterschiedliche Beurteilung nach 1918 je nach politischem Standort und Quellenlage. Heutige Geschichtsschreibung (aufgrund sehr guter Quellenlage): Unterschiedliche Teilschuld aller Beteiligten, größter Anteil unzweifelhaft beim DR bzw. bei Wilhelm II.



**1914:** „Hurrapatriotismus“ auf allen Seiten; „Burgfrieden“ des Reichstags; rasches Vordringen der deutschen Truppen (Schlieffen-Plan); Bewegungskrieg wird zum Stellungskrieg (Marne); Siege bei Tannenberg und an den Masurenischen Seen.

**1915:** Materialschlachten, riesige Verluste an Menschen und Material durch Einsatz neuer Waffen (Artillerie, Gas, MG, Panzer, Flugzeuge, U-Boote); Kriegseintritt Italiens auf der Seite der Entente; Stellungskrieg im Osten; wachsende Desillusionierung in Deutschland.

**1916:** Extrem verlustreiche Schlachten (Verdun, an der Somme); einzige Seeschlacht am Skagerrak; Hungersnot, staatliche Zwangswirtschaft im Deutschen Reich; SPD, Z und die Liberalen fordern einen „Verständigungsfrieden“.

**1917:** „Epochenjahr“: Kriegseintritt der USA und russische Oktoberrevolution; Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und Russland.

**1918:** „Diktatfriede“ von Brest-Litowsk beendet den Krieg im Osten; Scheitern der deutschen Frühjahrs- und Sommeroffensive; US-Truppen entscheiden den Krieg (erfolgreiche Sommeroffensive); 11. 11. Waffenstillstand (= bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reichs zu Compiègne).

**Charakterisierung.** Erster totaler Krieg, erster Weltkrieg der Menschheitsgeschichte; beteiligt: fast alle Staaten der damaligen Welt, 70 Mio. Soldaten aus allen Kontinenten; aus Bewegungskrieg wird schnell Stellungs- und Materialkrieg; neue Waffen und brutale Kriegsführung bewirken Zerstörung und Vernichtung in bisher ungeahntem Ausmaß; 16 Mio. Tote (10 Mio. Soldaten, 6 Mio. Zivilisten); tief greifende machtpolitische, territoriale und gesellschaftspolitische Folgen.



## **Die wesentlichen Ergebnisse und Auswirkungen des Ersten Weltkriegs**

- Europa verlor seine bisherige Bedeutung als bestimmende Kraft, als „Regulator“ der Weltgeschichte, an die USA
- er bewirkte den Untergang von vier Imperien: Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Zarenreich, Osmanisches Reich
- als Folge entstanden zahlreiche neue Staaten (z. B. Finnland, die baltischen Staaten, Tschechoslowakei, Ungarn) mit neuen ethnisch-territorialen Konflikten und Zündstoffen
- in vielen europäischen Staaten vollzogen sich als Folge des Kriegs (z. B. Sturz der Monarchien, Gewöhnung an autoritäre Herrschaft) tief greifende Veränderungen der Herrschaftssysteme hin zu militärisch-diktatorischen Strukturen
- das Gleichgewichtsmodell des „alten“ Europa wurde ersetzt durch die ideologisch-politisch

konträren Systeme der Demokratie und des Sozialismus

- der Krieg verhalf Lenin an die Macht und initiierte dadurch die Entstehung der UdSSR
- er schuf den Nährboden für die Entstehung faschistischer Diktaturen bzw. des Bolschewismus mit ihren Wahnvorstellungen von Rassen- bzw. Klassenkampf und
- löste einen Überlebenskampf zwischen Demokratie, Faschismus und Bolschewismus aus

## **Friedensschlüsse der Alliierten mit**

- Deutschland: Versailles (28.6.1919)
- Österreich: Saint-Germain-en-Laye (10.9.1919)
- Bulgarien: Neuilly-sur-Seine (27.11.1919)
- Ungarn: Trianon (4.6.1920)
- Osmanisches Reich: Sèvres (10.8.1920)



## Innenpolitische Veränderungen

- Von der Konstitutionellen Monarchie zur Militärdiktatur: Aug. 1916 Berufung von Hindenburg und Ludendorff an die Spitze des Heeres; bedeutet Entmachtung Wilhelms II. Die neue OHL bestimmt die Kriegsführung
- Zerfall des „Burgfriedens“: Die extremen Bedingungen für Militär und Zivilbevölkerung lösen 1916/17 eine breite Friedensdiskussion aus; Entstehung des kommunistischen Spartakusbundes; Frühjahr 1917: Friedensresolution des Reichstags, initiiert von SPD, Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei.
- Die parlamentarische Monarchie: Aufgrund der sich abzeichnenden Niederlage verordnet die OHL Anfang Oktober 1918 eine demokratische Regierung (= Revolution von oben); Regierungsbildung durch die Weimarer Koalition (SPD, Z, Fortschrittliche Volkspartei) unter Reichskanzler Max von Baden (parteilos)

## Die Novemberrevolution

- 28.10.: Die Flotte soll in Richtung Themsemündung auslaufen (= sinnloser Leistungsnachweis)
- 29.10.–2.11.: Meuterei erfasst Wilhelmshaven und Kiel; Wilhelm. II. lehnt die von Max von Baden vorgeschlagene Abdankung ab
- 3.11.: Erstes Blutvergießen zwischen Matrosen und Militär
- 4.11.: Erste politische Forderungen (Abdankung des Kaisers, Republik)
- 5./6.11.: Die Revolution erfasst ganz Deutschland
- 7.11.: Sturz Ludwigs III. von Bayern und Ausrufung der Räterepublik durch Eisner; Ultimatum der SPD an Wilhelm II. abzudanken.
- 9.11.: Wilhelm II. lehnt ab, Max v. Baden „dankt ihn ab“; Ausrufung der „deutschen Republik“ durch Scheidemann (SPD) bzw. der „freien sozialistischen Republik“ (Liebknecht); Rücktritt Max v. Badens; Kanzler für 1 Tag: F. Ebert (SPD).



## DIE ETABLIERUNG DER WEIMARER REPUBLIK

### **Der Rat der Volksbeauftragten (RdV)**

10.11.1918: Die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte wählen die neue Regierung (=Rat der Volksbeauftragten, 3 MSPD, 3 USPD Mitglieder) und als Kontrollorgan den Vollzugsrat

### **Der Pakt mit den alten Mächten (10. 11. 1918)**

SPD (Ebert) – Militär (Groener); reines Zweckbündnis; SPD will Ruhe, Ordnung, Demokratie, das Militär will seine Bedeutung erhalten

### **Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte**

16.–19.12.1918; Demokratie (MSPD) oder Räterepublik (USPD)?; SPD setzt sich durch; exekutive legislative Macht an RdV; Entscheidung für Nationalversammlung (= Entscheidung für Demokratie)

### **Berliner Matrosenaufstand (23./24. 12. 1918)**

Matrosen bedrohen die Regierung; blutige Straßenschlacht; SPD setzt Militär ein; Austritt der USPD aus RdV

### **Der Spartakusaufstand (5.–12. 1. 1919)**

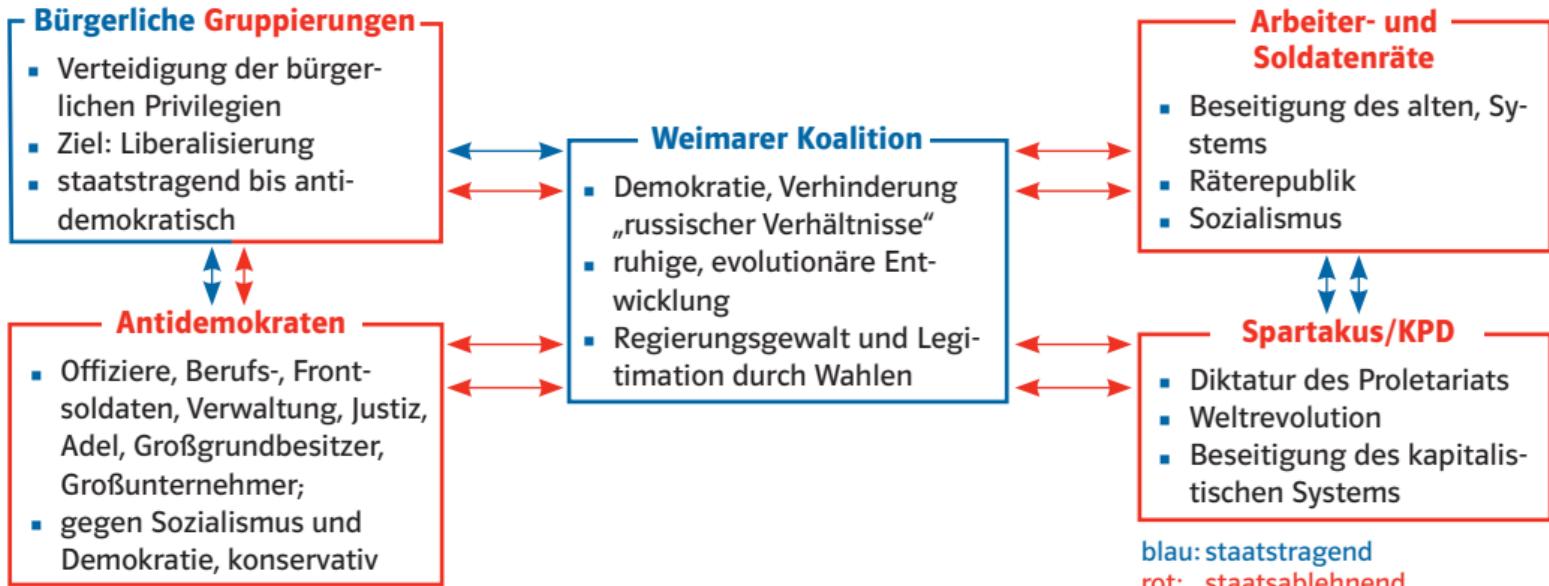
Ursache: Evolutionärer Kurs der MSPD; blutige Straßenkämpfe in Berlin; RdV setzt Militär ein; brutale Niederschlagung, „Säuberung“ Berlins von Spartakisten; Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht; Spartakusaufstände, Ausrufung und Bildung von Räterepubliken im Reich, Niederschlagung bzw. Beendigung durch das Militär

## DIE BEWERTUNG DER NOVEMBEREREIGNISSE

Keine klassische Revolution (vgl. KK 9 und KK 91); sie geht nicht vom Volk aus, ist ein Zufallsprodukt; keine grundlegende gesellschaftspolitische Umstrukturierung; SPD will evolutionäre Entwicklung (=Demokratie), die „alten Mächte“ (Verwaltung, Justiz, Militär) erhalten ihre Bedeutung.



## DIE POLITISCHE LANDSCHAFT ZU BEGINN DER WEIMARER REPUBLIK



**Reichstagswahl 1919:** Weimarer Koalition: 76,1%.  
Erklärung: Angst des Bürgertums vor „russischen Verhältnissen“, Wunsch nach (gerechtem) Frieden.

**Reichstagswahl 1920:** Weimarer Koalition: 43,6%.  
Erklärung: Keine Angst des Bürgertums vor Revolution bzw. Sozialismus mehr, Enttäuschung, Verbitterung.



## 1919

- 5.-12.1. Spartakusaufstand  
18.1. Beginn der Pariser Friedenskonferenz  
19.1. Wahl zur Nationalversammlung  
10.2. „Gesetz über die vorläufige Reichsge-walt“ bestimmt: Sofortige Wahl des Reichspräsidenten, der verantwortliche Minister ernennt; Schaffung der Verfas-sung und Verabschiedung dringender Gesetze durch die Nationalversammlung.  
11.2. Wahl des 1. Reichspräsidenten (Friedrich Ebert, SPD)  
April/Mai Bayerische Räterepublik  
28.6. Annahme des Versailler Vertrags  
14.8. die Verfassung tritt in Kraft

## 1920

- 10.1. der Versailler Vertrag tritt in Kraft  
März Kapp-Putsch, kommunistische Aufstände  
6.6. Reichstagswahl

**Charakterisierung:** Die Verfassung war ein (naiver) Kompromiss, eine Mischform verschiedener demo-kratischer Verfassungen. Sie ist die liberalste Ver-fassung ihrer Zeit (Grundrechte, Arbeit, Handel, Wirtschaft), aber der politischen Realität zu wenig angemessen.

### Schwächen und Fehler der Verfassung

- Spaltung der Legislative (Reichstag, Reichs-rat, Reichspräsident, Volk)
- Reichspräsident ist „Ersatzkaiser“
- Reichstag zu stark gegenüber dem Kanzler (einfaches Misstrauensvotum)
- Parteien nicht geschützt und verankert
- reines Verhältniswahlrecht (große Parteieng-landschaft, schwierige Regierungsbildung)
- kein Verfassungsschutz

bestimmen die Weimarer Republik negativ, besonders in Krisenzeiten



## Unterschiedliche Friedenskonzeptionen

- **Frankreich** („Clemenceau-Friede“): Revanche für 1870/71, größtmögliche Schwächung Deutschlands.
- **USA** („Wilson-Friede“): Ausgleichender Friede, weltweite Friedensinstitution.
- **Großbritannien**: Entmachtung Deutschlands, das nicht durch überharte Maßnahmen dem Bolschewismus anheim fallen soll.

## Der schwierige, unbefriedigende Frieden

- **Krieg**: Totaler Krieg, keine neutrale Instanz vorhanden; starke Emotionen, Kreuzzugscharakter, Erfolgzwang aller Staatsmänner.
- **Weltfrieden**: Viele Probleme, Interessenüberschneidungen, neue Konflikte.
- **Friedensprogramm**: Gegensatz zwischen alter Machtpolitik (Frankreich) und neuer Friedenspolitik (USA).
- **Siegerkoalition**: Zerstritten, neue Rivalitäten

## Die wesentlichen Bestimmungen

- Entwaffnung, Abrüstung (Heer 100 000, Marine 15 000 Mann) gilt als Schmach.
- Reparationen; Dauerproblem bis 1934, Quelle rechtsgerechteter Propaganda und Agitation.
- Elsass-Lothringen (an Frankreich); erwartet.
- Eupen, Malmedy (Belgien), Nordschleswig (Dänemark); unproblematisch wegen überwiegend belgischer, dänischer Bevölkerung.
- Große Teile Westpreußens, Posen, Teil Hinterpommerns, Ostpreußens (polnischer Korridor) sowie östliches Oberschlesien (an Polen); äußerst belastend („urdeutsche Gebiete“).
- Danzig wird „Freie Stadt“.
- Memelland (Litauen), Hultschiner Ländchen (CSR) unproblematisch.
- Art. 227/228 (Kaiser ist Kriegsverbrecher), Art. 231 (alleinige Kriegsschuld Deutschlands) sind für alle Deutschen „beleidigend“.



## Kommunistische Partei Deutschlands (KPD):

Reine Klassenpartei; will Kommunismus nach russischem Vorbild; größere Bedeutung in Krisenzeiten, ansonsten keine Gefahr.

## Sozialdemokratische Partei Deutschlands →

(SPD): Arbeiterpartei, 1/3 Bürgerliche; Ziel: demokratische Republik; staatstragend, bestimmt die Anfangsphase, stärkster parteipolitischer Faktor.

## Deutsche Demokratische Partei (DDP): Liberales Bürgertum; staatstragend; Ziel: Anwendung und Schutz der Verfassung; in Anfangsphase stark, sinkt ab in Bedeutungslosigkeit.

## Zentrum (Z): Interessenvertretung des Katholizismus; staatstragend; Ziel: Durchdringung des Staats mit christlichem Geist; stabilste Partei; stellt 9 der 18 Kanzler von 1919–1933.

## Deutsche Volkspartei (DVP): Besitzbürgertum; 1923–29 Mitarbeit am Staat, dann antidemokratisch.

W  
E  
I  
M  
A  
R  
E  
R  
E  
P  
U  
B  
L  
I  
K

Bayerische Volkspartei (BVP): Katholische Landespartei; vertritt bayerischen Föderalismus; monarchisch, antidemokratisch, obstruktiv und oppositionell, Ablehnung der Republik.

Deutschationale Volkspartei (DNVP): Sammlungspartei der Rechten und der Nationalen; Großagrarier, Industrielle; Ziel: Monarchie, stark antirepublikanisch.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei: Mittel-, Kleinbürgertum; Ziel: totale Umstrukturierung; entscheidende Partei der Endphase.

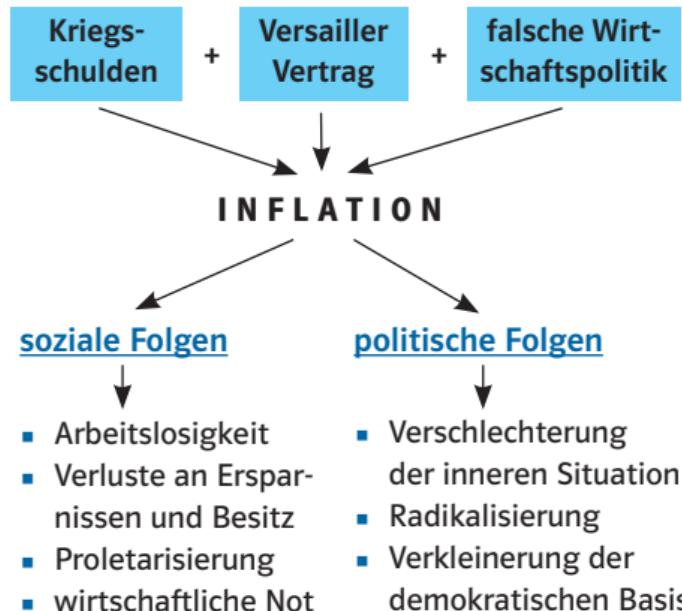
Reichswehr: Geringschätzige Loyalität gegenüber dem Staat; kein Vorgehen gegen Rechts, brutales Vorgehen gegen Links; permanenter Unsicherheitsfaktor, destabilisierendes Element; widerstandslose Vereinnahmung durch Hitler.



## Das Krisenjahr 1923

- **Ruhrkampf:** Frankreich, Belgien besetzen das Ruhrgebiet (11.1.); passiver Widerstand; harte Maßnahmen Frankreichs; Gewalt auf beiden Seiten; Ende September: Stresemann beendet den Widerstand.
- **Inflation**
- **Hitler-Putsch** (8./9. Nov.): Absetzung der Regierung; Ausrufung der „provisorischen deutschen Nationalregierung“ durch Hitler; den NSDAP-Demonstrationszug zur Feldherrnhalle stoppt die Polizei; Verhaftung und Inhaftierung Hitlers.
- **Separatismus** (von Frankreich unterstützt) „Rheinische Republik“ (Okt./Nov.), „Autonome Pfalz“ (Nov. 1923–Febr. 1924).

zeigt die Instabilität der Weimarer Republik in den Anfangsjahren



## Problem der Reparationen

### VERSAILLES 1919

Begründung der Reparationsforderungen mit der Kriegsschuld Deutschlands; Festsetzung der Gesamthöhe bis 1921.

### BOULOGNE 1920

Großbritannien und Frankreich einigen sich auf 269 Mrd. Goldmark (GM)

### PARIS 1921

Gesamtsumme: 226 Mrd. GM, zahlbar in 42 Jahressraten plus jährlich 12 % des Wertes der deutschen Ausfuhr.

### LONDON 1921

Die Reparationssumme wird von den Alliierten auf 132 Mrd. GM festgelegt, ihre Annahme durch Ultimatum erzwungen

**1934:** Endgültige Einstellung der Reparationen

### LAUSANNE 1932

Restliche Reparationsleistung: 3 Mrd. RM

### HOOVER-MORATORIUM 1931

1-jähriger Zahlungsaufschub durch US-Präsident. Gründe: Weltwirtschaftskrise, Stabilisierung der Regierung Brüning.

### YOUNG-PLAN 1929

Erstmals Beteiligung der Deutschen; erträgliche Bedingungen: 112 Mrd. Reichsmark (RM) zahlbar in 59 Jahren; Beendigung der alliierten Reparationskommission; vorzeitige Räumung des Rheinlands.

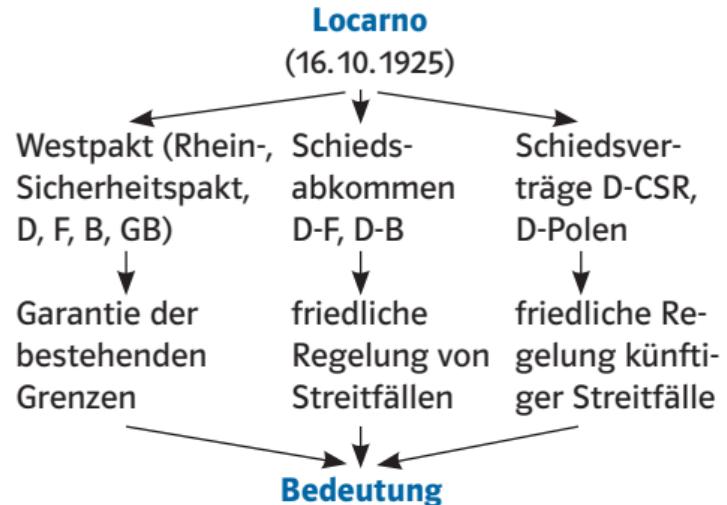
### DAWES-PLAN 1924

Erstmals rein wirtschaftlich orientierter Plan, deutliche Verbesserungen, z. B. durch US-Kredit in Höhe von 800 Mio. GM.



## Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik: Revision des Versailler Vertrags

- **Rapallo-Vertrag** (16.4.1922): UdSSR-Deutsches Reich. Inhalte: Verzicht auf Forderungen aus dem Krieg, Intensivierung der Handelsbeziehungen, diplomatische Beziehungen, „Gedankenaustausch“ bei einer Regelung wirtschaftlicher Fragen auf internationaler Ebene. Revisionistische Politiker sehen den Vertrag als Voraussetzung, die Grenzen von 1914 wieder herzustellen.
- **Berliner Vertrag** (24.4.1926): UdSSR-Deutsches Reich; militärischer Neutralitätsvertrag auf Wunsch der UdSSR (Gegenstück zum Locarno-Vertrag); Laufzeit: 5 Jahre.
- **Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund** (10.9.1926) mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat; bedeutet die außenpolitische Gleichstellung Deutschlands.



Garantie der Westgrenzen (= Anerkennung des territorialen Status quo im Westen); Grenzen unterschiedlicher Qualität in West und Ost; Revision der Ostgrenzen bleibt wegen des zeitlichen Vorbehalts offen; außenpolitische Gleichberechtigung Deutschlands



## **Wirtschaft**

Rasches Wirtschaftswachstum (Dawes-Plan, US-Kredite); Investition in neuartige Industriezweige (Flugzeug-, Auto-, Rundfunk-, Filmindustrie); Probleme: Riskante Umwandlung der kurzfristigen US-Kredite in langfristige; permanent hohe Arbeitslosenzahl, unrentable Landwirtschaft, zunehmende Konzentration von Großunternehmen, rasch steigende Reichsverschuldung. Fazit: Relative Stabilität, „Scheinkonjunktur“, „Konjunktur auf Pump“.

## **Sozialpolitik**

Staatliche Armenfürsorge; Angestelltenversicherung (1924); Arbeitsgerichte (1926); Unterstützungsanspruch bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit; Arbeits- und Kündigungsschutz für werdende und stillende Mütter; Arbeitsämter; Arbeitslosenversicherung; Mehrarbeitszuschläge (1927).

## **Kultur**

Einzigartige Vielfalt des geistigen Lebens: Überregionale Zeitungen, literarisch-politische Zeitschriften; neue Massenmedien (Presse, Rundfunk, Schallplatte, Film); vielfältige Stilrichtungen in der Malerei; Vielfalt der Musik, der Bildenden Künste und der Literatur; kulturelles Zentrum ist Berlin, konkurriert mit London, Paris.

## **Technik, Wissenschaft**

Aufsehen erregende Großprojekte (z. B. Zeppelin); zahlreiche höchste wissenschaftliche Auszeichnungen.

## **Reichspräsidentenwahl 1925**

Die staatstragenden Parteien können im 2. Wahlgang den Antidemokraten Hindenburg nicht verhindern; sein Sieg ist die entscheidende Niederlage der Demokratie.



## **Das Scheitern der Großen Koalition**

- **Die Große Koalition** (Mai 1928) umfasste SPD, Z, BVP, DDP, DVP. Trotz ca. 59% instabil (zu breites Koalitionsspektrum). Große Belastungen durch Rechtsagitation gegen den Young-Plan; Auseinandersetzungen Arbeitgeber (DVP) und Arbeitnehmer (SPD). Tod Stresemanns (3.10.1929), Zerfall der DVP.
- **Die Weltwirtschaftskrise** Beginn: 24.10.1929, New York: massive wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Auswirkungen auf Deutschland.
- **Das Scheitern der Großen Koalition** Gemeinsamkeiten und Handlungsspielräume werden immer kleiner; SPD und DVP wollen die „widernatürliche“ Koalition nicht fortführen; Resignation der anderen Regierungsparteien; Auslöser: Keine Einigung bei der Arbeitslosenversicherung.

---

**Fazit:** Das Scheitern der Großen Koalition (27.3.1930) ist der Anfang vom Ende Weimars

## **Der Beginn der Präsidialkabinette**

- 30.3.1930: Hindenburg ernennt Brüning (Z) zum Kanzler; Kabinettsbildung ohne SPD (= Rechtsruck);
- Richtlinien der neuen Politik: antiparlamentarisch, antimarxistisch, grundlegender Wandel der Politik im Kernland Preußen als Ziel;
- Regierungserklärung Brünings: Kabinett an keine Koalition gebunden, nur abhängig von Reichspräsidenten, regiert notfalls ohne Parlament über Art. 48 (Notverordnung);
- bedeutet: An die Stelle der parlamentarischen Demokratie tritt die nicht-verfassungskonforme Notverordnungsdiktatur, die den Reichstag ausschaltet und eine parlamentarische Kontrolle der Exekutive verhindert.



---

**Fazit:** Ende des parlamentarischen Systems

**Außenpolitik** erfolgreich: Hoover-Moratorium, Konferenz von Lausanne, Revisionszusage militärischer Bestimmungen durch die USA, Großbritannien, Italien (Genf, 1932). Allerdings: Diese Erfolge kommen seinen Nachfolgern (Papen, Hitler) zugute.

**Innenpolitik:** 2. Kabinett Brüning (9.10.1931–23.5.1932) hat keine parlamentarische Bindung mehr; deutliche Tendenz nach rechts; Harzburger Front; Einbindung und „Zähmung“ der NSDAP scheitert an Hitlers Forderungen; Zuspitzung der innenpolitischen Krise vor allem wegen seiner Wirtschaftspolitik; bürgerkriegsähnliche Zustände.

**Beurteilung:** Die völlige Unterordnung der Wirtschafts- unter die Außenpolitik, sein rigoroser Spar-Kurs, die bewusste Inkaufnahme der extremen Arbeitslosenzahl, der Abbau verfassungsmäßiger Elemente bereiten Hitler den Weg. Zu berücksichtigen ist aber die fast ausweglose innere Situation Weimars.

### Brünings Wirtschaftspolitik

Ausbruch der Weltwirtschaftskrise (1929)  
Übergreifen auf Deutschland (1930)

#### Auswirkungen

- Illiquidität von Banken
- Produktionsrückgang
- Konkursanstieg

#### Maßnahmen

- Scharfer Deflationskurs
- drastische Kürzung von Staatsausgaben
- Kreditbeschränkungen
- Senkung von Löhnen und Gehältern
- neue Steuern
- keine Aufträge der öffentlichen Hand

#### Folgen

- Radikalisierung
- Aufgabe der Demokratie bzw. des Parlamentarismus
- riesige Wahlerfolge für die radikalen Parteien
- NSDAP wird stärkste Partei
- Ruf nach dem „starken Mann“, der Ausnahmefall wird zum Normalfall



## **Das „Kabinett der Barone“**

1.6.1932: Ernennung Franz von Papens (Z); 6 der 9 wichtigen Kabinettsmitglieder sind konservative Adlige; der starke Mann ist Hindenburgs Vertrauter, General von Schleicher; übergeordnetes Ziel: autoritärer, monarchischer „Neuer Staat“.

## **Innenpolitik**

- Aufhebung des SA- und SS-Verbots Brünings (= Aufwertung der NSDAP); Folge: Blutige Straßenkämpfe (z. B. „Altonaer Blutsonntag“, 18.7.1932).
- Der Preußenschlag: Papen erreicht bei Hindenburg die Absetzung der preußischen SPD-Regierung Braun, übernimmt als Reichskommissar die Regierung; keine gesetzliche Berechtigung, also Staatsstreich; Begeisterung bei den Rechten.
- Nov. 1932: Papen will den „Neuen Staat“: Reichspräsident = preußischer Ministerpräsident; Regierung nur Reichspräsidenten verantwortlich; Entmachtung des Reichstags durch adliges Oberhaus; öffentliche, ungleiche, indirekte Wahlen.

## **Wirtschaftspolitik**

- Erfolgreiche Ankurbelung der Wirtschaft mit staatlichem Arbeitsbeschaffungsprogramm;
- moderne antizyklische Konjunkturpolitik;
- Einschränkung weiterer Sozialleistungen;
- insgesamt: wirtschaftliche Verbesserung.

## **Außenpolitik**

- Forderungen: Streichung der Reparationen; Lösung des Kriegsschuldartikels; völlige Gleichberechtigung Deutschlands
- Ergebnisse: Erreicht 1932 Festsetzung der restlichen Reparationen auf 3 Mrd. RM; Anerkennung der militärischen Forderungen (Genf, 1932).

## **Papens Entlassung**

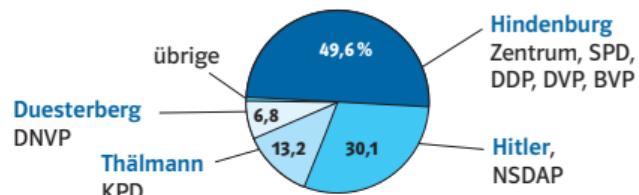
Installierung des „Neuen Staats“ geht nur per Staatsstreich; diesen verweigert von Schleicher (Reichswehrminister); Hindenburg entlässt Papen „ungern“.



## Die Reichspräsidentenwahl 1932

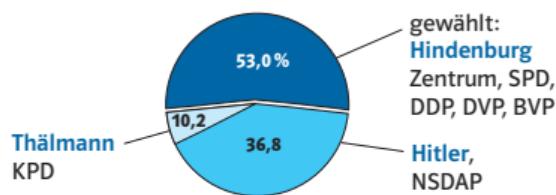
### 1. Wahlgang am 13.3.1932

Abgegebene gültige Stimmen 37,65 Mio



### 2. Wahlgang am 10.4.1932

Abgegebene gültige Stimmen 36,49 Mio



Wegen der Chancenlosigkeit eines eigenen Kandidaten unterstützen die staatstragenden Parteien wohl oder übel den politischen Gegner Hindenburg (= paradox), um das größere Übel Hitler zu vermeiden.

## Bedeutung für die Weimarer Republik

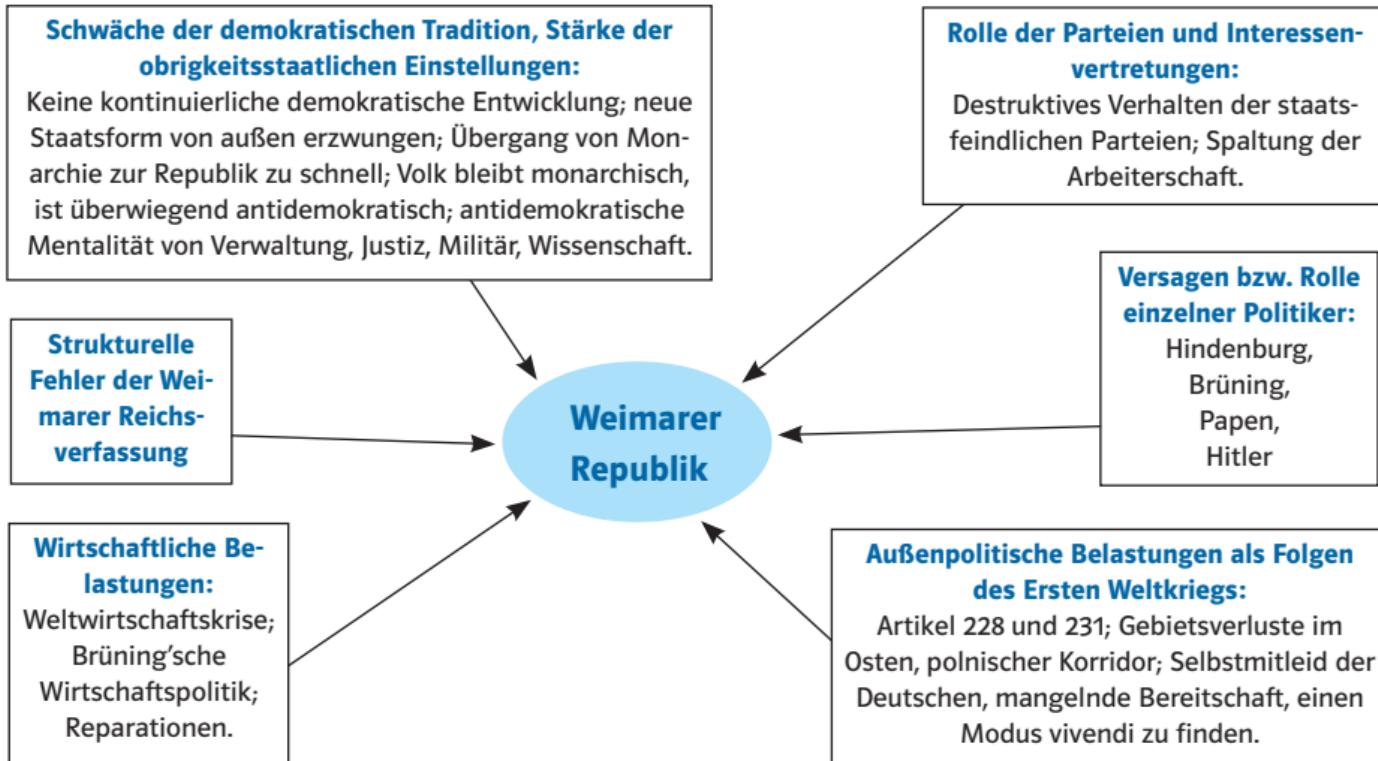
Sie zeigt die antidemokratische Einstellung der meisten Deutschen und die extreme Schwäche der Weimarer Republik.

## Das Kabinett von Schleicher

- Angesichts der Reichstagswahlen von 1932 gibt es nur eine Alternative zu Hitler, die „graue Eminenz“, General von Schleicher.
- Er will ein „sozialer General“ sein. Ziele: Arbeitsplätze, Verbesserung der sozialen Situation.
- Versuch der Zusammenarbeit mit SPD, Mitteparteien und Gewerkschaften scheitert am Misstrauen der SPD, an seinem vagen Programm bzw. an der Ablehnung seiner Sozialpolitik durch Großagrarier, Unternehmer und die DNVP.
- Als ultima ratio plant Streicher einen Staatsstreich; Hindenburg befürchtet Bürgerkrieg und entlässt ihn deshalb.



## Die Ursachen für das Scheitern Weimars



## **Ursachen autoritärer und totalitärer Herrschaftsformen**

- Der 1. Weltkrieg
- zu schnelle Ablösung der Monarchie durch die Demokratie bewirkt innenpolitische Instabilität, begünstigt diktatorische Herrschaftsformen;
- die Demokratie gilt als ineffektiv, da sie die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Nachkriegsprobleme nicht rasch lösen konnte;
- Verlust traditioneller Bindungen und gesellschaftspolitischer Bedeutungsverlust von Adel, Militär, Justiz, Beamtenamt, Besitzbürgertum;
- soziale und wirtschaftliche Folgen der Industriellen Revolution gefährdeten und verunsicherten das mittelständische Bürgertum und die Bauern. Sie lehnen deshalb die „neue Zeit“ ab und verklären die alte;
- diese Faktoren bewirkten eine Krise der Demokratie, die wiederum den Antidemokraten eine

emotionale Propaganda und Agitation ermöglichte;

- Folgen: Vergiftung der innenpolitischen Atmosphäre und Radikalisierung der Politik.

## **Charakteristika des Faschismus**

- Undemokratischer Entscheidungsprozess
- extremer Nationalismus und Rassismus
- Gesellschaftsideologie, die das Volk in den Mittelpunkt stellt und den Wert des Individuums gering schätzt
- Einparteiensstaat
- skrupellose Anwendung von Gewalt und Terror
- Antibewegung gegen Demokratie, Parlamentarismus, Liberalismus, Kommunismus
- Schaffung von Sündenböcken und Feindbildern
- aggressiver Militarismus
- Durchsetzung der eigenen Ideologie mit Hilfe modernster Technik



## Die Bedingungsfaktoren des Dritten Reichs

Es gibt **keine monokausale Erklärung**; zahlreiche Faktoren schufen zusammen eine Gesamtsituation, in der die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler möglich wurde.

**Historische Voraussetzungen:** Obrigkeitsstaatliche Einstellung der Deutschen, Blut-und-Eisen-Politik Bismarcks, „großräumige Ostplanung“ der wilhelminischen Außenpolitik, Revisionspolitik der Weimarer Regierungen, Kontinuität der „alten Mächte“ (Militär, Justiz, Verwaltung).

**Politische Faktoren:** Gründe, die sich aus der Zeit von Kriegsende bis 1933 ergaben (s. KK.49), Hindenburg und Papen ermöglichten Hitler die Kanzlerschaft ohne zwingenden Grund, Versagen der Parteien und Politiker, Unterstützung Hitlers durch Industrielle aus der Rüstungs- und Schwerindustrie und durch Millionen Wähler.

**Gesellschaftliche Faktoren:** Wirtschaftliche Not von Millionen Deutschen durch die Weltwirtschaftskrise und die verfehlte Wirtschaftspolitik Brünings; der Glaube, dass nur ein „starker Mann“ den „Karren aus dem Dreck“ ziehen könne. Vergleichsweise große Unterstützung der NSDAP durch Angestellte, Beamte, Bauern, Handwerker, kleine und mittlere Gewerbetreibende und Kaufleute, durch Sympathisanten und Geldgeber. Konservative, Monarchisten und Industrielle unterstützten Hitler, weil er die Demokratie rigoros bekämpfte, weil sie ihn als „Trommler“ einspannen wollten oder weil sie sich wirtschaftlichen Nutzen von ihm versprachen. Die breit gestreute Propaganda und Ideologie der NSDAP ermöglichte es allen Teilen der Bevölkerung, sich mit Hitlers Politik wenigstens teilweise zu identifizieren. Dies bewirkte insgesamt ein hohes Maß an Identifikation mit der NSDAP bzw. Hitler.



## Erste Maßnahmen und Ereignisse

- **31.1.1933: Auflösung des Reichstags**
- **4.2.: Einschränkung wichtiger Grundrechte**  
durch Art. 48 (freie Meinungsäußerung, Presse-, Versammlungsfreiheit)
- **27./28.2.: Brand des Reichstags**, Präsentation eines holländischen Kommunisten als angeblichen Täter, Profilierung der NSDAP als „schnell und energisch zupackend“; **Reichstagsbrandverordnung** („Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“) setzt die Grundrechte „bis auf weiteres“ (de facto bis 1945) außer Kraft; sie bildet mit dem Ermächtigungsgesetz die wichtigste Grundlage der NS-Herrschaft, ermöglicht die Zerschlagung der KPD, wird zur Grundlage des pseudolegalen staatlichen Terrors
- **5.3.: Reichstagswahlen:** Die NSDAP erreicht nur 43,9 %, die DNVP 8,1%; Hitler will nun das Parlament völlig ausschalten

- **21.3.: Tag von Potsdam:** Staatsakt zur Eröffnung des neuen Reichstags in Potsdam in Anwesenheit Hindenburgs, großer propagandistischer Gewinn Hitlers bzw. der NSDAP
- **23.3.: Ermächtigungsgesetz** („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“) wird gegen die Stimmen der SPD mit Zweidrittelmehrheit beschlossen. Inhalt: Die Reichsregierung erhält auch legislative Macht, ihre Gesetze können von der Verfassung abweichen, wenn sie sich nicht gegen Reichstag, Reichsrat und den Reichspräsidenten wenden; zweite wichtige Grundlage der NS-Diktatur. Die Reichstagsbrandverordnung und das Ermächtigungsgesetz schaffen den Doppelstaat: Normenstaat, der sich an Gesetze hält, und Maßnahmenstaat, der durch Gesetze den Staat nach seinem Gutdünken umformt. Damit ist Rechtsstaatlichkeit nicht mehr gewährleistet, das Dritte Reich erhält seine spezifische politisch-rechtliche Struktur.



## Maßnahmen Hitlers

Hitler →

R	Zerschlagung der Gerwerkschaften
E	Auflösung der Parteien
s	Gleichschaltung der Länder
a	Neuordnung des Berufsbeamtenums
b	Schaffung und Ausbau von Parteiorganisationen
r	Ausbau des Führerstaats (Polizei, Partei, Justiz, Gleichschaltung von Literatur und Kunst)
a	Legalisierung der Röhm-Morde
n	Vereinigung des Reichspräsidenten- und des Kanzleramtes
d	
v	
e	
r	
r	
o	
r	
d	
n	
u	
n	
g	

bewirken

den totalitären Staat

**Herrschaftsform:** Diktatur, die alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche erfasst, reglementiert, lenkt und kontrolliert; sie erlaubt keinen staatsfreien Lebensbereich und unterdrückt jegliche freie Willensäußerung.

**Charakteristika** des totalitären Staates:

- Totalitäre Ideologie
- völlige Politisierung und Uniformierung des gesellschaftlichen Lebens
- Gleichschaltung aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte, Organisationen und Institutionen
- Einparteiensystem
- Führerprinzip

**Rechtfertigung:** Erforderlich zur Existenzsicherung einer Gruppe/eines Volkes gegenüber inneren und äußeren Gefahren



# Die NS-Ideologie

## Voraussetzungen

NATIONALISMUS

MILITARISMUS

RASSENLEHRE

OBRIGKEITSSTAATLICHES DENKEN

NS-Ideologie  
("Mein Kampf")

## Elemente der NS-Ideologie

- Sozialdarwinismus
- Rassenlehre
- Elitedenken
- Gewaltprinzip
- Nationalismus
- Imperialismus
- Antisemitismus
- Militarismus
- Sozialismus

## Grundprinzipien

Ewiger Kampf um Lebensraum

Krieg ist Naturzustand

Oberste Ziele des Staates:  
Schaffung günstiger Voraus-  
setzungen für den Lebenskampf  
und dessen Durchführung

NS-Moral: Der Zweck heiligt  
die Mittel; alleinige Bindung  
an die Prinzipien der NS-  
Ideologie bzw. den Führer

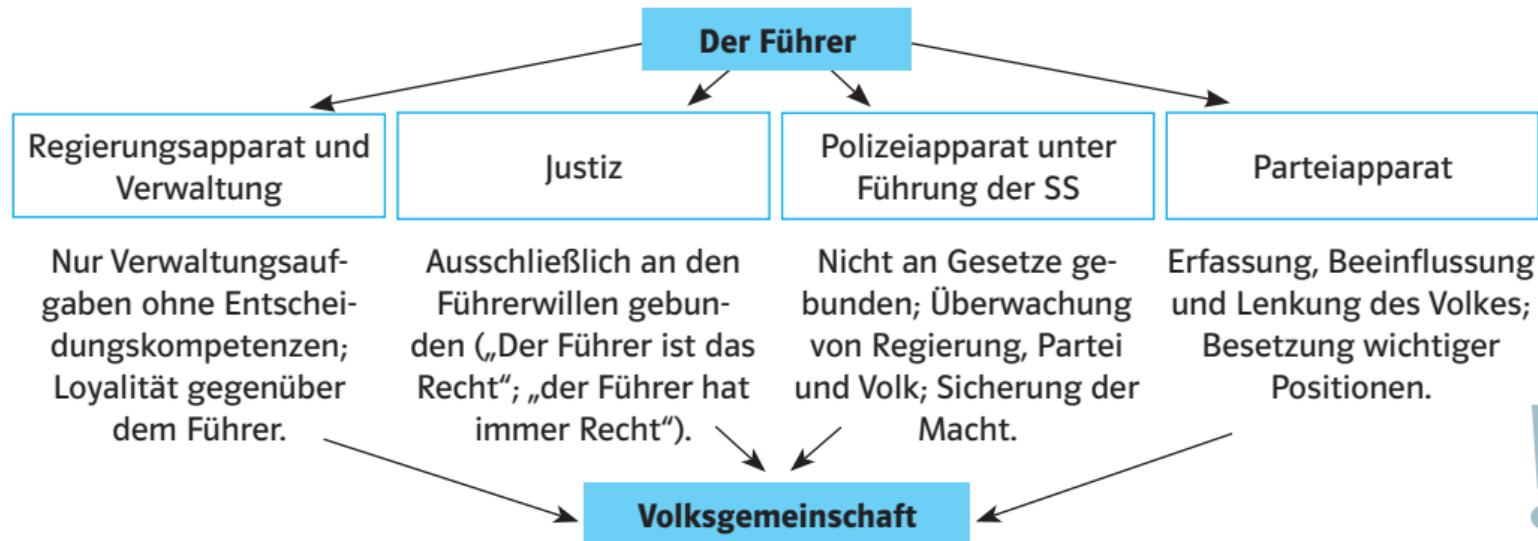
Der Staat ist nur Mittel zum Zweck



## Grundlagen des Führerstaats

Allein der Wille des Führers gilt; auf ihn sind alle staatlichen und parteilichen Institutionen ausgerichtet. Funktionäre werden von oben her bestimmt; es gilt: absolute Befehlsgewalt nach unten, bedingungsloser Gehorsam nach oben.

Der Führer unterliegt keinerlei Bindung durch den Staat, sondern der Staat ist Mittel zum Zweck in seiner Hand. Der Führer ist vom Schicksal auserkoren, ist unfehlbar; es gibt deshalb keine Zweifel an ihm, keine Kritik.



**Der Führerkult** ist ein charakteristisches Element des Führerstaats. Er besteht in der maßlosen Überhöhung und Verherrlichung des Führers, spricht ihm charismatische, mystische, übermenschliche Kräfte zu, unterstellt Unfehlbarkeit und macht Opposition bzw. Kritik an ihm zum „volksschädigenden Verhalten“, gleichsam zum Sakrileg. Der Führerkult wird zum Religionsersatz, der pseudoreligiöse Charakter des Führers („von Gott gesandt“, „alles liegt in seiner Hand“ etc.) wird permanent betont.

**Die Gleichschaltung und Erfassung der Bevölkerung** erfolgte durch ein lückenloses Netz vertikaler Parteiinstitutionen vom Führer bis zum Blockleiter und horizontaler, d.h. alters- und berufsbezogener Parteiinstitutionen (HJ, Bdm, RAD, DAF, NS-Berufsverbände). Dieses fast perfekte Überwachungssystem gab niemandem die Möglichkeit, sich auf Dauer der ideologisch-politischen Indoktrination

ohne entsprechende Folgen zu entziehen. Durch die erzwungene Integration schaltete die NSDAP jegliche Individualität aus und forderte die bedingungslose Ein- und Unterordnung des Einzelnen („Du bist nichts, dein Volk ist alles!“).

**Die Erziehung des Deutschen zum Typus.** Wichtigstes Ziel der NS-Führung war es, aus „rassisches hochwertigem Erbgut“ den „neuen Menschen“ mit ausgeprägtem völkischen und rassischen Bewusstsein zu schaffen. Er sollte völlig in der NS-Gemeinschaft aufgehen und die Grundlage des angestrebten „Germanischen Reichs“ bilden. Diesem Ziel dienten die schulische Erziehung, das strikt ausgeübte Informationsmonopol (Presse, Publizistik, Rundfunk und Film), die ideologische Vereinnahmung der bildenden Künste sowie bombastische NS-Kundgebungen, Massenveranstaltungen und emotionalisierende Reden.





Die NS-Wirtschaft ist nie eigenständig, immer nur Mittel zum (politischen) Zweck; sie ist nur auf kurzfristige Erfolge/Ziele ausgerichtet und nur „rentabel“ durch einen gewonnenen Krieg. NS-Wirtschaft bedeutet Rüstungswirtschaft mit

angegliederten Versorgungsbereichen; insgesamt ausgeprägte Orientierungslosigkeit; auf lange Sicht ruinöse Konzentration auf Rüstung; es profitiert die Groß- bzw. Rüstungsindustrie, der Lebensstandard der Masse verbessert sich (verglichen mit 1929) nicht.



## Die NS-Außenpolitik 1933–1936

- 1933** 3.2.: Hitler verkündet der Reichswehrführung sein übergeordnetes Ziel: „Eroberung von neuem Lebensraum im Osten“ und dessen „rücksichtslose Germanisierung“
- 5.5.: Verlängerung des Berliner Vertrags (von 1926) mit der UdSSR
  - 17.5.: Außenpolitische Reichstagsrede Hitlers; er gibt sich friedliebend, respektiert die nationalen Rechte der anderen Völker, lehnt ein „Germanisieren“ ab, will Versailler Vertrag einhalten
  - 20.7.: Konkordat mit dem Vatikan: innere Autonomie der Kirche, die sich auf Religion, Kultur und karitative Anliegen beschränkt (= Aufwertung Hitlers)
  - 10.10.: Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, da Frankreich die militärische Gleichberechtigung Deutschlands ablehnte
- 1934** 26.1.: Deutsch-polnischer Nichtangriffspakt, scheinbare Abkehr von der Revisionspolitik

**1935** 13.1.: Abstimmung an der Saar; NS-Propaganda sieht Ergebnis (über 90 % für Rückkehr ins Reich) als Vertrauensvotum an

- 16.3.: Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Verstoß gegen Versailler Vertrag, halbharter Protest der Alliierten, Friedensbeteuerung Hitlers Ende Mai
  - 18.6.: Deutsch-britisches Flottenabkommen (deutsche Flotte: 35 % der britischen Schiffsstärke, 45 % der U-Boote) soll Wettrüsten verhindern
- 1936** 7.3.: Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands, Verstoß gegen Versailler Vertrag, Be schwichtigungsrede Hitlers
- Juli (-April 1939): Die „Legion Condor“ kämpft (unoffiziell) auf der Seite Francos
  - 25.10.: Hitler und Mussolini verkünden die „Achse Berlin-Rom“
  - 25.11.: Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan (gegen die Kommunistische Internationale)



**1937** 5.11.: Hoßbach-Protokoll: Hitler terminiert den Krieg im Osten (spätestens 1943/45)

**1938** 12.3.: „Anschluss“ Österreichs, schwacher Protest der Westmächte

29.9.: Münchener Abkommen; das Sudetenland wird Teil des Deutschen Reichs

30.9.: Deutsch-britische Nichtangriffserklärung

6.12.: Deutsch-französische Nichtangriffserklärung

**1939** 16.3.: „Erledigung der Resttschechei“. Angliederung von Böhmen und Mähren als „Protektorat“ an das Deutsche Reich; die Slowakei wird Satellitenstaat

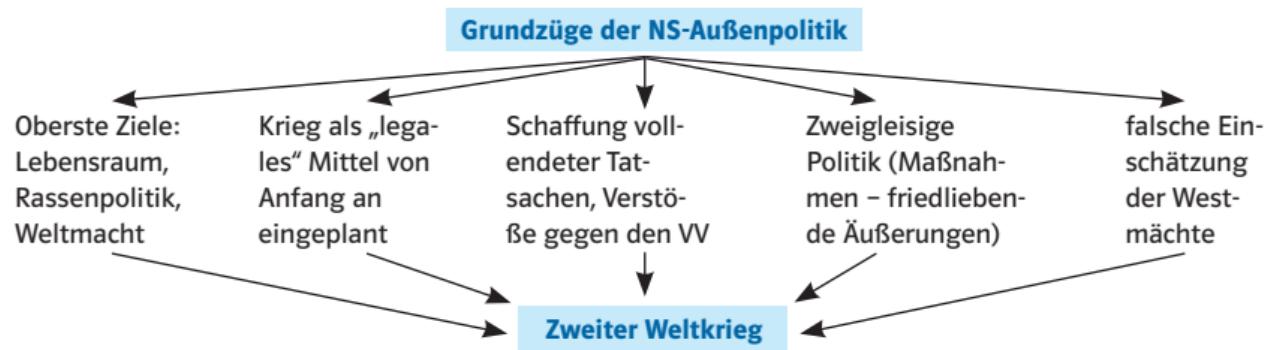
22.3.: Das Memelland „kehrt heim ins Reich“

3.4.: Führerweisung „Fall Weiß“ befiehlt die Planung zur „Erledigung Polens“

27.4.: Hitler kündigt das deutsch-britische Flottenabkommen

22.5.: „Stahlpakt“ Deutsches Reich – Italien (militärische Unterstützung im Kriegsfall)

23.8.: Hitler-Stalin-Pakt: Militärische Neutralität; geheimes Zusatzabkommen



## 1. Die Zeit der Blitzkriege

**Polenfeldzug** (1.-18.9.1939): Aufteilung Polens in das „Generalgouvernement Polen“ (deutsche Verwaltung) und Ostpolen (sowjetisch)

**Besetzung Dänemarks, Norwegens** (April–Juni 1940) zur Sicherung der schwedischen Erzimporte

**Westfeldzug** (10.5.–22.6.1940): Völkerrechtswidrige Besetzung von Holland, Belgien und Luxemburg; Vorstoß durch die Ardennen (Operation „Sichelschnitt“); Kapitulation Frankreichs zu Compiègne; Zweiteilung: Nordfrankreich und Atlantikküste besetzen deutsche Truppen, Südfrankreich wird von Marschall Pétain in Vichy verwaltet

**Luftschlacht um England** (Juli–November 1940) geht unentschieden aus, England kann nicht besetzt werden; erster entscheidender Rückschlag

## 2. Die Ausweitung des Krieges

**Balkanfeldzug** (Jugoslawien und Griechenland, April–Juni 1941) **erste** (erfolgreiche) **Phase des**

**Afrikafeldzuges** (Februar 1941–September 1942)

zur Unterstützung Italiens gegen Großbritannien

**Beginn des Ostfeldzugs** (22.6.1941): große Anfangserfolge, die der frühe Winter beendet

**Kriegseintritt Japans und der USA** (Dez. 1941) durch den japanischen Angriff auf Pearl Harbor (Hawaii)

## 3. Rückzug und Niederlage

**Zweite Phase des Afrikafeldzugs** (September 1942–Mai 1943): wachsende logistische Probleme, Kapitulation 12.5.1943; danach Angriff der Alliierten von Sizilien aus auf die „Festung Europa“

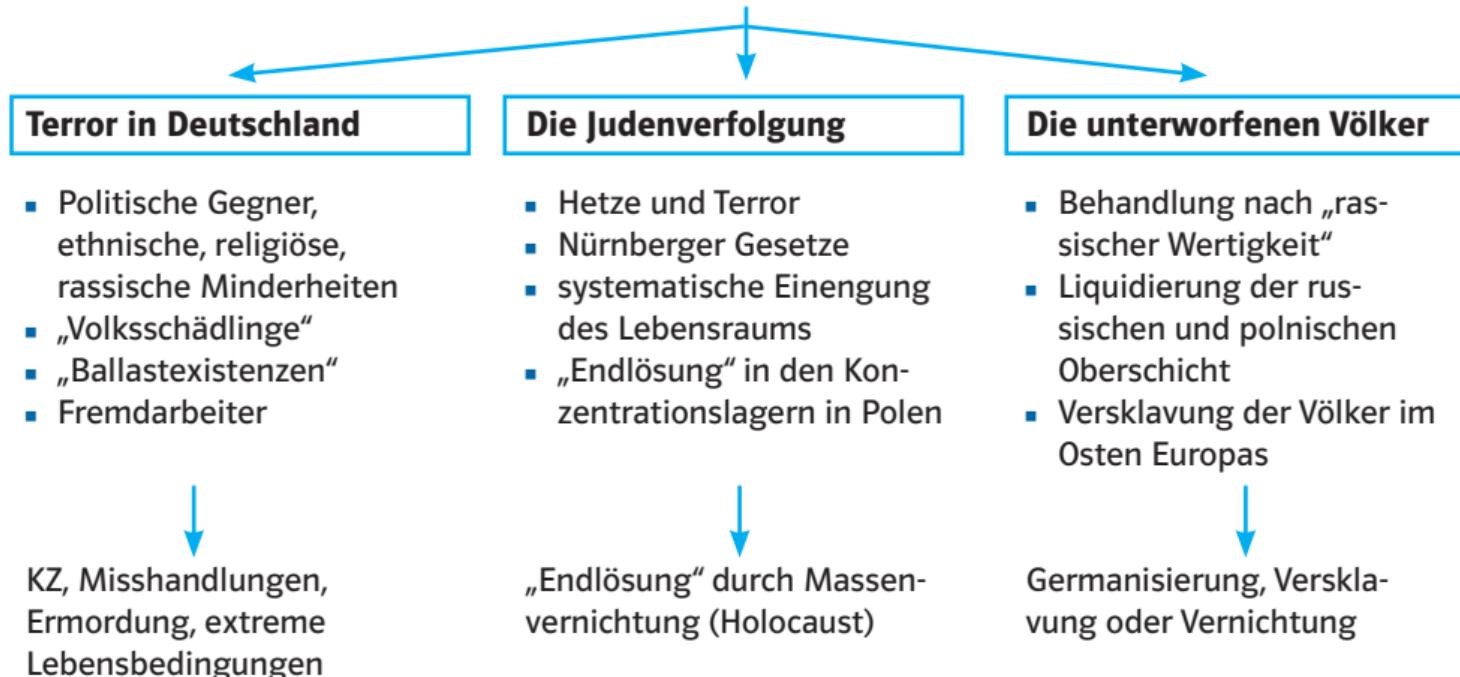
**Niederlage im Osten** (1942–1944): nach Stalingrad (2.2.1943) permanenter Rückzug

**Ausrufung des „totalen Kriegs“** durch Goebbels (18.3.1943)

**Kriegsende** (1944/45): Bombenkrieg gegen deutsche Städte, Landung der Alliierten in der Normandie (6.6.1944); bedingungslose Kapitulation (8.5.1945)



## Der NS-Unrechtsstaat: Opfer und Maßnahmen



# Der deutsche Widerstand

## KPD

Widerstand von Anfang an und prinzipiell; zahlreiche kleine, nicht vernetzte Widerstandsgruppen; Mittel: Verbreitung illegaler Publikationen, Sabotage, Gewaltakte; Kampf auch vom Exil aus; Zahl der Opfer des kommunistischen Widerstandes sehr hoch

## Kirchen

zunächst Arrangement mit bzw. Zustimmung zum Nationalsozialismus; Haltung der Kirchenführung nicht entschieden, nicht zielgerichtet; „Pfarrernotbund“, „Bekennende Kirche“; Widerstand betrieben viele „Einzelkämpfer“; Insgesamt: kein geschlossenes, entschiedenes Vorgehen der Kirchen

## Militär

zunächst Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus, keine Ablehnung; Widerstand entsteht Ende der Dreißigerjahre, wächst mit den militärischen Niederlagen; aktiver Kern um v. Stauffenberg (20.7.1944); Ziel: Dokumentation des „anderen“ Deutschlands

## SPD

nach anfänglicher Fehleinschätzung des Nationalsozialismus prinzipieller Widerstand; kleine Diskussionsgruppen, Erörterung gesellschaftspolitischer Strukturen für die Zeit nach Hitler; Widerstand der Parteiführung aus dem Exil; kein geschlossener, effizienter Widerstand

## Gewerkschaften

zunächst Zurückhaltung; keine Geschlossenheit; enge Verbindung zur SPD, aber kein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen

## Bürgertum

zunächst abwartend oder positive Einstellung zum Nationalsozialismus; Widerstandsgruppen seit Mitte der Dreißigerjahre; Beschäftigung mit ethischen, moralischen, gesellschaftspolitischen Aspekten bzw. Modellen; kein aktiver Widerstand (Ausnahme: Goerdeler)

## Jugend

zahlreiche kleine, unabhängige Widerstandsgruppen Ablehnung des politischen Systems; provokatives Auftreten und Verhalten, Rückzug in „Nischen“; Proteste, Sabotage; zielgerichteter Widerstand: Weiße Rose

## Einzelkämpfer

ca. 40 ausnahmslos erfolglose Attentatsversuche auf Hitler; unterschiedliche Beweggründe; Beispiele: Elser, von Tresckow, von Schlabrendorff



## Erklärungs- und Definitionsmodelle

Der Nationalsozialismus ist aufgrund seines spezifischen Charakters gesellschaftspolitisch schwer einzuordnen. Deshalb wurde bzw. wird er gesehen als

- **radikale Form der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft** (marxistische Historiker)
- **extreme Variante des Faschismus** (Konzentrationslager, Vernichtungslager, systematischer Völkermord)
- **totalitäre Herrschaft** mit den Charakteristika: allein gültige Ideologie, Legalisierung des von oben gesteuerten Terrors, Glorifizierung der Gewalt im Dienste einer visionären nationalen Zukunft, Monopolisierung der Macht, totale Erfassung und Ausrichtung der Gesellschaft, Gleichsetzung der unkontrollierten Machtausübung mit dem angeblichen Willen des Volkes.  
Problem: Diese Erklärung trifft auch auf andere totalitäre Regime (z.B. Stalinismus) zu.

## Die „Aufarbeitung“ des Dritten Reichs

Sie verlief im Wesentlichen in vier Phasen:

- **Unmittelbare Nachkriegszeit**: Heftige Diskussion der Schuldfrage (Kollektivschuld oder ausschließliche Schuld der Nationalsozialisten?); dominierende Ansicht: Das Dritte Reich war ein „Betriebsunfall“, eine Verkettung unglücklicher Faktoren; Freisprechung des „normalen“ Deutschen von jeglicher Schuld
- **Fünfziger- und Sechzigerjahre**: Historiker weisen nach, dass ein erheblicher Teil der Deutschen das NS-Regime getragen und aktiv unterstützt hat
- **Achtzigerjahre**: Historiker- und Publizistenstreit, ob die NS-Verbrechen einzigartig waren oder mit ähnlichen Verbrechen, z.B. Stalins, verglichen und dadurch relativiert werden dürfen („Historikerstreit“)
- **Heute**: Konsens, dass Vergleiche nicht der Aufrechnung und Relativierung des Holocaust dienen dürfen.



## **Die wirtschaftlichen, territorialen und politischen Folgen des Zweiten Weltkriegs**

### **Wirtschaftliche Folgen**

Der Krieg belastet die Verlierer *und* (mit Ausnahme der USA) die Sieger; Europa verliert seine wirtschaftliche Führungsrolle; Entwicklung gegensätzlicher Wirtschaftssysteme (freie Marktwirtschaft und zentral gelenkte sozialistische Planwirtschaft).

### **Territoriale Folgen**

Die Neuordnung Mittel- und Osteuropas schafft neue Grenzen (z. B. Oder-Neiße-Grenze); sie sind meist sehr umstritten und lösen neue Konflikte aus.

### **Politische Folgen**

Macht- und Bedeutungsverlust Europas; grundlegende Veränderung des europäischen und globalen Kräfteverhältnisses; entscheidende Machtfaktoren: USA und UdSSR; Bipolarismus (Supermächte USA – UdSSR) und Abhängigkeit der europäischen Staaten von beiden Mächten; diese sehen ihre gegensätzlichen Ideologien als Basis einer neuen Weltordnung an; Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg teilen die Welt in zwei Lager; Folgen: Verschärfung der Propaganda, risikoreiche Prestigepolitik, technisch-militärische Konkurrenz, Entstehung zahlreicher Bündnissysteme (z. B. NATO und Warschauer Pakt), extreme Aufrüstung; das „atomare Patt“ erzwingt die Kooperation und Entspannung; die UNO wird zur Plattform der Weltpolitik; die deutsche Frage steht im Zentrum des Ost-West-Konflikts; die Entkolonialisierung schafft zahlreiche neue Probleme.

→ **bestimmen Europa und die Welt 1945–1991** ←



## Die Kriegzielkonferenzen

### Casablanca (14.-26.1.1943):

Roosevelt und Churchill; Errichtung einer 2. Front; bedingungslose Kapitulation Deutschlands



### Moskau (19.-30.10.1943):

Außenminister USA, GB, UdSSR; „Moskauer Deklaration“: Besetzung Deutschlands, Übernahme der Regierungsgewalt, Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, Reparationsleistungen, territoriale Behandlung durch die EAC



### Teheran ( 28.11.-1.12.1943):

Roosevelt, Churchill, Stalin (die „Großen Drei“); Westverschiebung Polens, zweite Front in Nordfrankreich; Roosevelt: Zerstückelung Deutschlands in 5 souveräne Gebiete (Preußen; Hannover und Nordwestdeutschland; Sachsen; Hessen nördlich und südlich des Mains; Bayern, Baden, Württemberg) und 2 Wirtschaftszentren unter internationaler Kontrolle (Nord-Ostseekanal, Hamburg; Ruhr-

gebiet und Saarland); Stalin: möglichst viele Einzelteile; Churchill: Isolierung Preußens, Zweiteilung Deutschlands



### European Advisory Commission, EAC 12. 9.1944:

Aufteilung Deutschlands (in den Grenzen vom 31.12.1937) in drei Zonen, Aufteilung und gemeinsame Verwaltung Groß-Berlins („Londoner Protokoll“).



### Jalta (4.-12.2.1945):

Die „Großen Drei“, Erklärung über das befreite Europa: Gründung der Vereinten Nationen, Provisorische Polnische Regierung (Londoner Exilregierung + kommunistische Regierung), Westverschiebung Polens; Grundzüge der Besatzungspolitik: Entnazifizierung, Demokratisierung, Entwaffnung, Entmilitarisierung, Errichtung von vier Besatzungszonen, Verwaltung durch den Alliierten Kontrollrat, Demontage, Reparationen, territoriale Verluste im Osten Deutschlands; keine Zerstückelung



## Politische Bestimmungen

- Der Rat der Außenminister (USA, GB, F, UdSSR, China) bereitet den Friedensvertrag mit Deutschland vor und regelt dessen Verwaltung
- der Alliierte Kontrollrat (= die Kommandeure der Besatzungszonen) übt die „oberste Gewalt“ im besetzten Deutschland aus; einstimmige Entscheidungen notwendig, Umsetzung der Beschlüsse jedoch nach „Ermessen“ des jeweiligen Militärgouverneurs
- gleiche Behandlung der Bevölkerung, „soweit praktisch durchführbar“
- Demilitarisierung und Denazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung der Verwaltung
- Reorganisation eines demokratischen Gerichts- und Erziehungswesens
- Bestrafung der Kriegsverbrecher
- Zulassung demokratischer Parteien, freier Gewerkschaften; Berlin wird Viermächtestadt

## Wirtschaftliche Bestimmungen

- Vernichtung des deutschen Kriegspotenzials
- Verbot und Demontage der Kriegsindustrie
- Dezentralisierung der Wirtschaft
- Betonung der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie
- wirtschaftliche Einheit Deutschlands

## Territoriale Bestimmungen

- Das nördliche Ostpreußen kommt zur UdSSR (vorbehaltlich eines Friedensvertrags)
- polnische Westgrenze: Swinemünde-Oder-Görlitzer Neiße-tschechische Grenze; die Gebiete östlich davon kommen unter polnische Verwaltung, endgültige Regelung im Friedensvertrag (= provisorischer Charakter)

## Reparationen

Entnahme aus der jeweiligen Zone; UdSSR erhält zusätzlich 10 % der westdeutschen Reparationen



## Die Stunde Null

### Menschenverluste

- Soldaten 4,35 Mio.
- Zivilbevölkerung 3,05 Mio.

### Wohnraumprobleme

- ca. 8,5 Mio. zerstörter bzw. schwer beschädigter Wohnungen
- extrem beengte Wohnverhältnisse besonders in Großstädten

### Wirtschaft, Ernährung,

### Lebensverhältnisse

- völlig unzureichende Versorgung und Ernährung
- stark beschädigte Infrastruktur
- Überleben oft durch „organisieren“, „hamstern“ bzw. den Schwarzmarkt

### Staatliche Folgen

- zerstörter Nationalstaat
- Deutschland ist Objekt der Sieger
- Zonengrenzen und Verlust der Ostgebiete

### Soziale Folgen

- zerrissene Familien
- physische Kriegsfolgen
- Verlust der Heimat
- materielle Verluste und bittere Armut
- Trümmerfrauen
- Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen

### Schulfrage

- Konfrontation mit den Gräueltaten des Dritten Reichs
- Schulfrage und Nürnberger Prozess
- Entnazifizierung

## Definition

1. Unmittelbare Nachkriegssituation Deutschlands
2. Neuanfang Deutschlands nach dem Dritten Reich



Ausgangsbedingungen	1918	1945
<b>Produkt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ militärische Niederlage, bedingungslose Kapitulation</li> <li>■ gesellschaftspolitische Veränderungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ militärische Niederlage, bedingungslose Kapitulation</li> <li>■ politischer Untergang des Dritten Reichs</li> </ul>
<b>Neubeginn</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ keine Besatzung</li> <li>■ erzwungene Demokratisierung</li> <li>■ Revolution, innenpolitische Wirren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Besatzung, keine eigenständige Politik</li> <li>■ verordnetes politisches System</li> <li>■ zerstörte Städte, zerstörte Infrastruktur</li> </ul>
<b>Belastungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Versailler Vertrag</li> <li>■ Dolchstoßlegende</li> <li>■ Gebiets- und Menschenverluste</li> <li>■ Reparationen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ bedingungslose Kapitulation</li> <li>■ wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Neubeginn</li> <li>■ große Gebiets- und Menschenverluste</li> </ul>
<b>Territorium</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Kaiserreich im Wesentlichen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ große Verluste, frühe Teilung</li> </ul>
<b>Internationale Situation</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Isolation</li> <li>■ Bündnispartnerwahl mittelfristig möglich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ bis 1949 reines Objekt der Sieger</li> <li>■ klare internationale Verhältnisse</li> <li>■ erzwungene Integration</li> </ul>
<b>Fazit</b>	<b>überwiegend emotionale Belastungen</b>	<b>existentielle Belastungen</b>



## Die alliierte Besatzungspolitik

- **Proklamation Nr. 1** des alliierten Oberbefehlshabers Eisenhower (3.4.1945) nennt als Ziele: Ausschaltung des Nationalsozialismus, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Abrüstung und Entmilitarisierung, demokratischer Wiederaufbau
- **Direktive** (Weisung) JCS (Joint Chiefs of Staff) **1067**: Deutschland wird „besetzt, nicht befreit“
- **Berliner Deklaration** (5.6.1945): Übernahme der „obersten Regierungsgewalt“ durch die Sieger
- trotz demonstrativer Einheitlichkeit der Besatzungspolitik **große Unterschiede**: Im Allgemeinen human im Westen, willkürlich, oft grausam in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

## Die Entnazifizierung

Unterschiedliche Durchführung: Briten und Franzosen zurückhaltend, Amerikaner streng, missionarisch; UdSSR missbraucht sie als Mittel der sozialistischen Umstrukturierung. Verlauf in der US-Zone

1945/46: Fragebögen für alle über 18-jährigen Deutschen, Entnazifizierung vor alliierten Spruchkammern, Kategorisierung (Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete) und Bestrafung (Geldbuße bis Gefängnis). 1946–49: Übertragung auf deutsche Stellen, wenig effiziente Durchführung („Persilscheine“, Kompromisse etc.); vorrangige Verfolgung der kleinen Fälle stößt auf breite Ablehnung. 1949–1954: Übertragung auf die BRD, oft großzügige Abwicklung; 1954 Einstellung.

## Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess

(Okt. 1945–Nov. 1946) Anklage von 24 Hauptangeklagten vor einem alliierten Militärgericht; 12 Todesurteile; Probleme: Keine Rechtsgrundlage für die Hauptanklagepunkte (Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verschwörung gegen den Frieden); Siegerjustiz: Nur Behandlung deutscher Verbrechen, keine Erwähnung des Bombenkriegs gegen die Zivilbevölkerung bzw. des Hitler-Stalin-Pakts.



## Parteien, erste Wahlen

- 1945** 10.6.: Zulassung „antifaschistisch-demokratischer“ Parteien
- 11.6.: Zulassung der KPD
  - 15.6.–5.7.: Zulassung von SPD, CDU (Christlich-Demokratische Union), LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands)
  - 14.7. befohlener Zusammenschluss dieser Parteien zum „antifaschistisch-demokratischen Block“ (Einstimmigkeit, d.h. keine Opposition gegen die KPD)

**1946** 22.4.: erzwungener Zusammenschluss von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED); stärkste Massenpartei, Führungsanspruch; Sept. Kommunalwahlen: SED 53%, unterliegt in vielen Städten CDU oder LDPD; Okt. Kreis-, Landtagswahlen: SED erreicht in keinem der 5 Länder die absolute Mehrheit.

## Massenorganisationen

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB, 1945),

Freie Deutsche Jugend (FDJ, 1946), Demokratischer Frauenbund (DFB, 1947), Gesellschaft für Sport und Technik (GST, 1949)

## Verwaltung, Polizei

1945 Juli: Schaffung von Landesverwaltungen, deutschen Zentralverwaltungen (11 Ressorts), (karnierte) Volkspolizei

## Gesellschaftsverändernde Maßnahmen (1945)

Bodenreform: Entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitzern.

Enteignung und Verstaatlichung: Kohlebergbau, Industriebesitz, Geschäfte und deren Umwandlung in Volkseigene Betriebe (VEB) bzw. Handelsorganisationen (HO).

„Säuberung der Gesellschaft“: Entlassung der meisten Justizbeamten, Lehrer, Professoren und Gleichschaltung des kulturellen Lebens. Der Marxismus-Leninismus wird die allein gültige Ideologie.



## Deutschlandpolitische Ziele der Westmächte 1945/46

Keine einheitliche Deutschlandpolitik (Ausnahme: demokratischer Neuaufbau). **USA:** Bestrafung Deutschlands, Ausschaltung als Machtfaktor, Umerziehung. **GB:** Förderung der Industrie im europäischen Interesse, föderalistischer Staat mit starker Zentralgewalt. **F:** Rhein als Grenze, Schwächung (Verlust der Wirtschaftszentren an Rhein, Ruhr, Saar), deutscher Staatenbund, wirtschaftliche Nutzung des Saarlands.

### Die amerikanische Zone

Rascher Aufbau wegen Erhalt der territorialen Vorkriegsverhältnisse. **1945:** Einsetzung von Ministerpräsidenten; Zulassung erster Parteien; Länder: Bayern, Württemberg-Baden, Hessen (19.9.), Enklave Bremen (Jan. 1947, Einfuhrhafen); „Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets“ (17.10., Ministerpräsidenten, Stuttgart, Funktion: Lösung gesamtzonaler Fragen); erste freie Wahlen (Kommunen, Landtage Dez.1945–Nov. 1946); **1946:** Länderverfassungen durch verfassunggebende Versammlungen (Sep.–Dez.).

### Die britische Zone

Langsamer Neuaufbau (unterschiedliche Wirtschaftsstruktur, Probleme: Preußen und Ruhrgebiet). **1945:** Örtliche Verwaltungen; **1946:** Zonenbeirat (Ministerpräsidenten, Hamburg, beratende Funktion); zentrale Verwaltungen, Zonenämter; Auflösung Preußens (23.8.); Länder: Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen.

### Die französische Zone

Sehr langsamer Aufbau ohne deutsche Mitwirkung; saarländischer Sonderstatus; Länder: Rheinland-Pfalz, Baden, Württemberg- Hohenzollern (Aug. **1946**–Nov.**1947**); Länderregierungen beraten. !

## Ursachen des Ost-West-Konflikts und des Kalten Kriegs

Konträre, antagonistische Ideologien (Demokratie-Kommunismus); Sendungsbewusstsein und Führungsanspruch der Supermächte; sowjetische Expansion in Ost- und Mitteleuropa; kommunistisches Ziel der Weltrevolution; USA will alleinige politische und wirtschaftliche Weltmacht bleiben.

### Grundlagen der US-Außenpolitik

- **Containment-Doktrin:** Eindämmung der UdSSR
- **Truman-Doktrin:** Hilfsangebot an vom Kommunismus bedrohte Völker
- **Marshall-Plan:** Wirtschaftliches Hilfsprogramm für Europa, dadurch wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA.

### Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik

**Zwei-Lager-Theorie:** Teilung der Welt in ein „imperialistisch-revanchistisches Kriegslager“ um die USA und ein „sozialistisches Friedenslager“ um die UdSSR; da die USA die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs nicht akzeptieren, werde dieses Verhältnis die globale Politik lange bestimmen.

### Welt- und deutschlandpolitische Folgen

Das Verhältnis der Supermächte polarisiert die Welt, bestimmt die Welt- und Europapolitik; die ideologischen und politischen Gegensätze zwischen Ost und West verschärfen sich; Gefühl der Bedrohung auf beiden Seiten; Folge: Rüstungswettrennen; erzwungene politische, wirtschaftliche und militärische Integration beider Teile Deutschlands in Ost und West und damit Spaltung; Wiedervereinigung in diesem Rahmen nicht möglich



Pariser Außenministerkonferenz 1946: starke Gegensätze werden deutlich



Byrnes-Rede 6.9.1946: Wendepunkt der US-Außenpolitik



Bizone 1947: wirtschaftliche Vereinigung der britischen und amerikanischen Zone

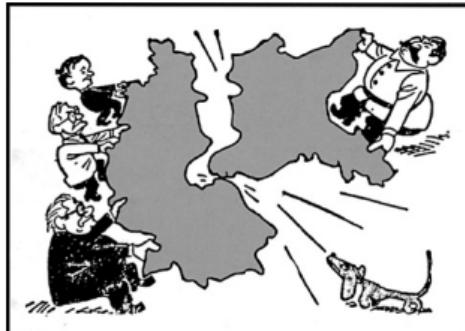


Moskauer Außenministerkonferenz 1947 scheitert an gegensätzlichen Positionen



Truman-Doktrin, Marshall-Plan, Zwei-Lager-Theorie: Beginn des Kalten Kriegs 1947

1949  
23.5.: Bundesrepublik Deutschland ←  
7.10.: Deutsche Demokratische Republik



L'Aurore / Hannoversche Presse

→ Londoner Außenministerkonferenz 1947: offene Feindseligkeiten der Siegermächte

Pariser Außenministerkonferenz 1949: Gegensätzliche Deutschlandpläne



Washingtoner Deutschlandkonferenz 1949: Beschluss über Trizone



Berlin-Blockade 1948/49:  
1. Höhepunkt des Kalten Kriegs

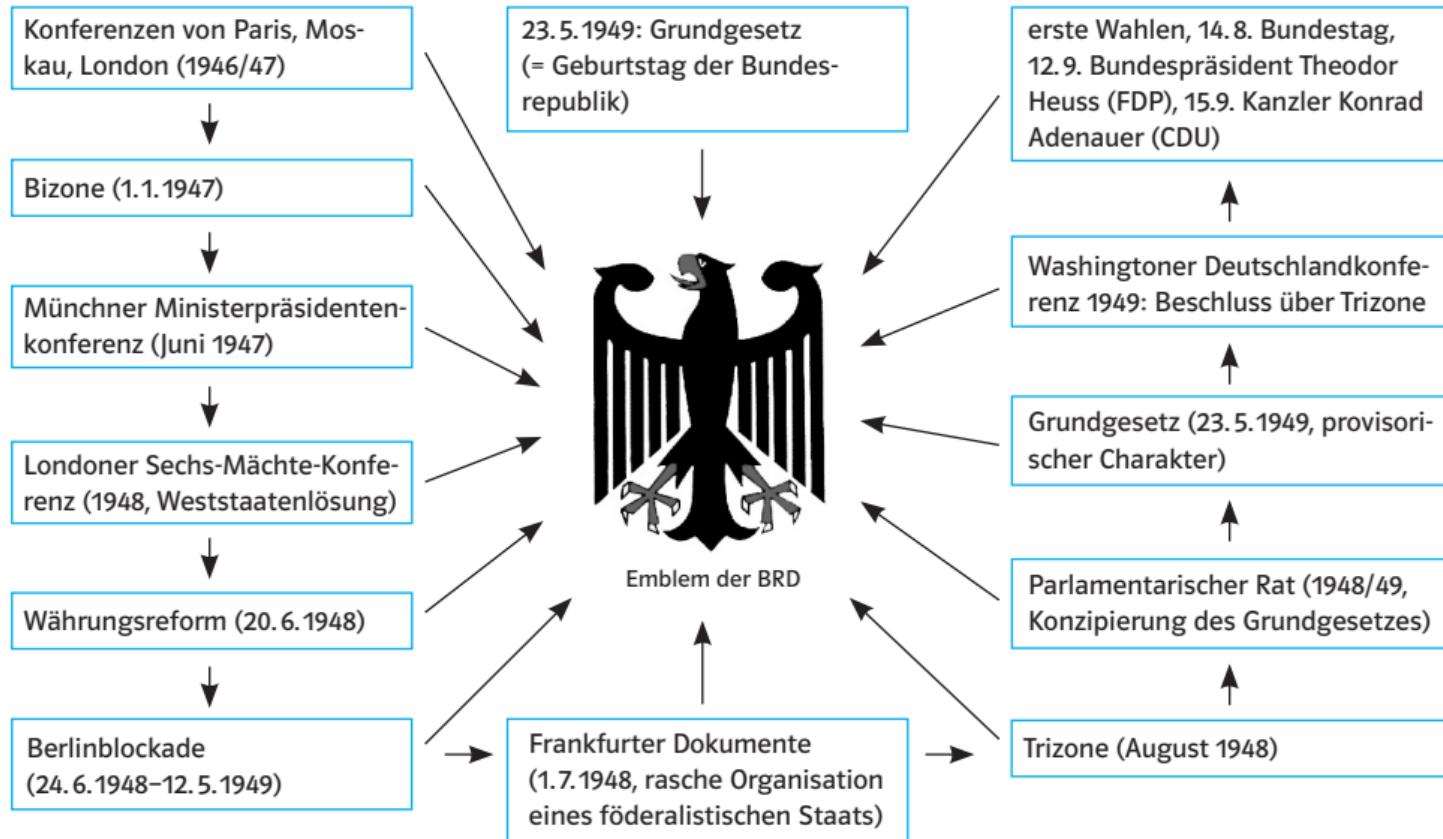


Warschauer Acht-Mächte-Konferenz 1948: Forderung eines Friedensvertrags



Londoner Sechs-Mächte-Konferenz 1948: Weststaatslösung





1. **Strukturprinzipien** (laut Art. 20 GG): Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat, Bundesstaat.

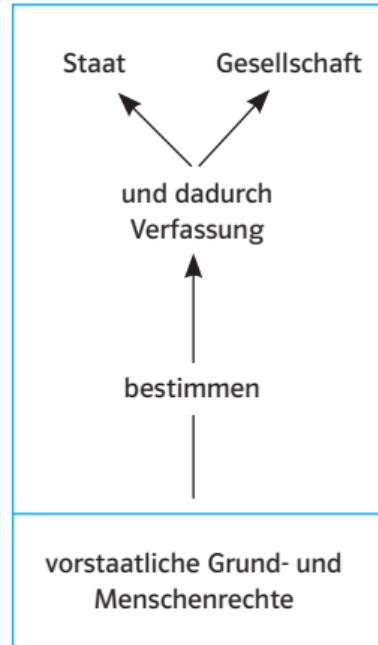
## 2. Das GG als „Antiverfassung“

Bewusste Reaktion auf die Weimarer Reichsverfassung, die es Hitler ermöglicht hatte, die Macht zu erlangen und mit scheinbarer verfassungsrechtlicher Legalität die demokratischen Grundlagen zu beseitigen. **Sicherungsmechanismen:**

- Vorstaatlichkeit und Unaufhebbarkeit der Grund- und Menschenrechte, die jegliche staatliche Gewalt binden
- Schutz des Individuums vor staatlicher Willkür
- Beschränkung der Macht des Bundespräsidenten
- Stärkung der Macht des Kanzlers
- konstruktives (anstelle des destruktiven) Misstrauensvotum
- ausschließliche Abhängigkeit des Bundeskanzlers vom Parlament

- Art. 1 und Art. 20 können nicht verändert werden
- Garantie und Schutz des GG und des Staates

3.



# Die Entstehung der Deutschen Demokratischen Republik

**Neuaufbau 1945/46:** Parteien; Massenorganisationen; Länder-, Zentralverwaltungen; gesellschaftsverändernde Maßnahmen



**Erster Deutscher Volkskongress** (6./7.12.1947): Verlängerter Arm der Besatzungsmacht bzw. der SED



**Zweiter Deutscher Volkskongress** (17./18.3.1948): Wahl des ersten „Deutschen Volksrats“, der die Entwicklung maßgeblich gestaltet

**7.10.1949:** Der 2. Deutsche Volksrat konstituiert sich als Volkskammer, bestimmt Otto Grotewohl (SED) zum Regierungschef der volksdemokratischen DDR



Emblem  
der DDR

**Dritter Volkskongress** (Mai 1949): Wahl durch Einheitsliste; Annahme der Verfassung



**Wirtschaftliche Umgestaltung** (1948/49): Planwirtschaft, Ausbau der Verstaatlichung; Führung: Deutsche Wirtschaftskommission (DWK)



**Verfassung der DDR:** Beschluss durch den Volksrat (19.3.1949)



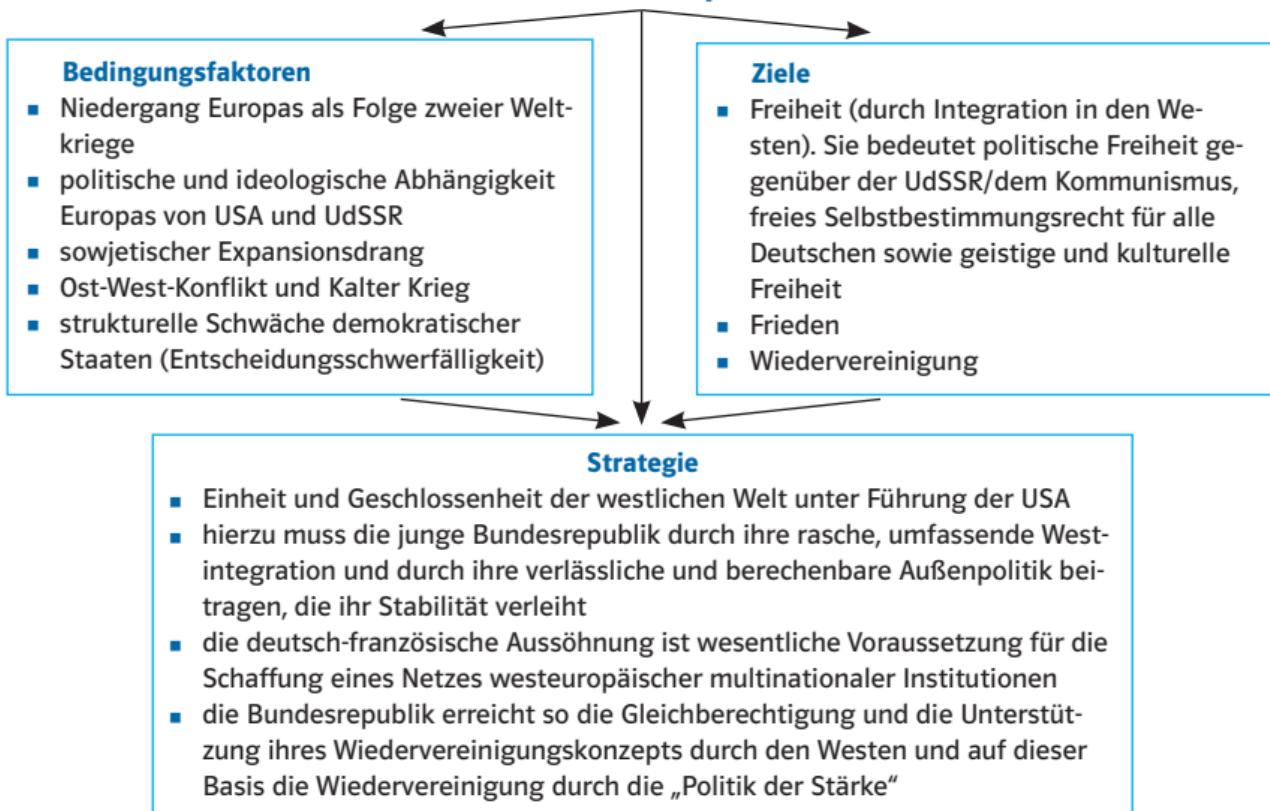
**Neue Parteien** (April 1948): Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)



**SED wird „Partei neuen Typus“** (1948/49): Parteidiskipline, systematische Besetzung wichtiger Stellen, Durchsetzung des Marxismus-Leninismus



## Die Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers



## Souveränität durch Westintegration

- 1949** 31.10. **Beitritt zur OEEC** (Organization for European Economic Cooperation, Marshall-Plan)
- 22.10. **Petersberger Abkommen**: Mitglied der „Internationalen Ruhrbehörde“; Einschränkung der Demontagen; Erlaubnis, konsularische Beziehungen aufzunehmen
- 1951** 6.3. **Revision des Besetzungsstatuts**: erweiterte Kompetenzen für die Bundesregierung
- 1952** 10.3., 9.4. **Stalinnoten**: Angebot der Wiedervereinigung innerhalb 1 Jahres; Forderungen: militärische Neutralität des vereinigten Deutschlands; Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze
- 26.5. Der Deutschlandvertrag**: Souveränität der BRD; Junktim mit dem EVG-Vertrag
- 27.5. Der Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)** scheitert an Frankreich; deshalb tritt auch der Deutschlandvertrag nicht in Kraft
- 1954** 23.10. **Die Pariser Verträge**: Leistungen der BRD: Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU), zur NATO; Deutschlandpolitik im Rahmen beider Verträge. Gewinne: Souveränität, Gleichberechtigung, Unterstützung der Bonner Deutschlandpolitik durch die Westmächte
- 1955** 5.5. **Inkrafttreten der Pariser Verträge**



## Souveränität durch Ostintegration

- Der „Aufbau des Sozialismus“ (1949–1961) bedeutete die Übernahme des stalinistischen Herrschaftssystems: Säuberung der SED, Ausbau ihres Machtapparats; systematische Besetzung des Staatsapparats mit SED-Funktionären, „demokratischer Sozialismus“ (= Ausübung der Macht von oben nach unten); Schaffung der SED-gelenkten „Nationalen Front“; ideologischer „Klassenkampf“ gegen selbständige Bauern, Handwerker und die Kirchen; sozialistische Neuordnung des Gerichtswesens; Aufbau des „Ministeriums für Staatssicherheit“; Wahlen per Einheitsliste; Personenkult um Stalin.
- Förderung der Schwerindustrie, Forcierung der Kollektivierung
- Mitglied im RGW („Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, 1950)
- erster Fünfjahresplan (1951–1955)
- politische Zentralisierung durch Auflösung der 5 Länder und Schaffung von 14 (SED-geleiteten) Verwaltungsbezirken (1952)
- „Sowjetisierung“ von Kunst, Kultur, Erziehung und Wissenschaften durch die „Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten“; Schul- und Hochschulreformen
- brutale Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 durch die Rote Armee
- die UdSSR verleiht der DDR „erweiterte Souveränitätsrechte“ (23.5.1954)
- völlige Souveränität (15.5.1955) mit Ausnahme der alliierten Vorbehalte



**Brüsseler Pakt** (1948): GB, F, Benelux;  
Militärbündnis gegen die UdSSR



**North Atlantic Treaty Organization**  
(NATO, 1949); militärisches Defensiv-  
bündnis gegen die UdSSR



**Pariser Verträge** (1954/55), Beitritt  
BRD zur WEU und zur NATO

**Bilaterale Verträge der Ostblock-  
staaten** seit Kriegsende „über  
Freundschaft, Zusammenarbeit und  
gegenseitigen Beistand“



**Warschauer Pakt** (1955); militäri-  
sches Defensivbündnis; Beitritt  
der DDR (1956)



**Folgen**

westliches Bündnis	östliches Bündnis
Eu	ropa
Deutsch	land
Ber	lin

Teilung Deutschlands endgültig und auf unabsehbare Zeit. Die deutsche Frage verliert ihren hohen Stellenwert und ihre Priorität. Die Bonner Deutschlandpolitik gerät in die Isolation.



## Berlin: Rechtsgrundlagen und Krisen

- 1944** Die Alliierten beschließen die gemeinsame Verwaltung Berlins
- 1945** Aufteilung in 4 Besatzungszonen
- 1948** Währungsreform, Berlin-Blockade (bis Mai 1949)
- 1949** BRD und DDR sehen West- bzw. Ostberlin als Teil ihres Staates an, obwohl der Viermächte-Status bleibt
- 1950** Verfassung Westberlins: „Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland“
- 1952** Westmächte: Internationale Verträge der BRD gelten auch für Westberlin
- 1953** Der Arbeiteraufstand beginnt in Ostberlin
- 1955** Alliierte Erklärung über Berlin. Die Westmächte geben Westberlin „die größtmögliche Freiheit“, die „mit der besonderen Lage Berlins vereinbar ist“
- 1958** Chruschtschow droht Westberlin mit Berlin-Ultimatum
- 1959** Sowjetischer Friedensvertragsentwurf sieht für Berlin den Status einer „Freien Stadt“ vor. Die Genfer Außenministerkonferenz zeigt die Problematik Berlins
- 1961** John F. Kennedy verkündet die drei Grundbedingungen für die Existenz Westberlins („three essentials“)  
13.8.: Bau der Berliner Mauer
- 1971** Viermächte-Abkommen über Berlin
- 1989** Die Revolution in der DDR beginnt in Ostberlin (7.10.)
- 1990** 12.9.: Der 2+4-Vertrag beendet den Sonderstatus Berlins als Vier-Mächte-Stadt  
3.10.: Mit der Vereinigung Deutschlands wird Berlin (laut Einigungsvertrag) Hauptstadt
- 1999** Regierung und Parlament nehmen ihre Arbeit in Berlin auf



## Von der Konfrontation der Supermächte zur Kooperation

### Kennedys „geopolitischer Realismus“:

- Entspannung (engl., franz. „détente“; amerik. „linkage“ = politisches Handeln aufgrund von Absprachen) und Kooperation
- Aufgabe des antisowjetischen Kurses
- Anerkennung der sowjetischen Hegemonialstellung in Osteuropa
- Anerkennung der territorialen Verhältnisse in Europa
- Bedeutet:** Deutschlandpolitisches Engagement nur noch in diesem Rahmen

### Kennedys „three essentials“ (25.7.1961):

- Stationierung der westlichen Truppen in den Westsektoren
- freier, ungehinderter Zugang für sie
- Freiheit für die Westberliner
- Bedeutet:** Anerkennung Ostberlins als Interessengebiet der UdSSR

### Der Bau der Berliner Mauer (13.8.1961)

- zeitlicher Zusammenhang zwischen den „three essentials“ und dem Mauerbau
- Proforma-Protest der Westmächte

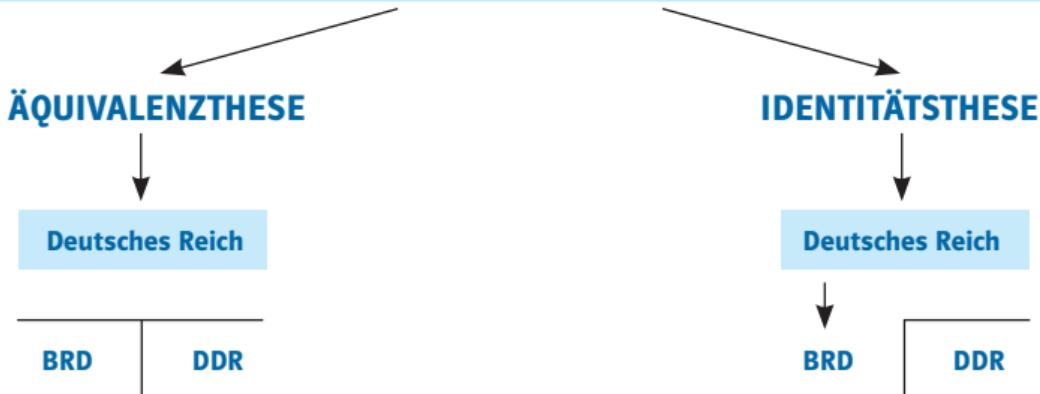
### Die Kubakrise (Okt. 1962)

- Stationierung russischer Raketen auf Kuba
- Kennedy: „tödliche Herausforderung“
- ultimative Forderung des Abbaus (22.10.)
- Nachgeben der UdSSR (28.10.), Einschwenken auf den Entspannungskurs
- Auswirkungen: Beginn der Entspannung; beiderseitige Respektierung des Status quo; Vermeiden direkter Konfrontation in Krisengebieten; Stellvertreterkriege; Abrüstungsverhandlungen und -verträge

**Bedeutet:** Lösung der deutschen Frage ist der Entspannung untergeordnet



## Das Selbstverständnis der DDR und der Bundesrepublik in den Siebzigerjahren



Das Deutsche Reich ist untergegangen. BRD und DDR sind gleichberechtigte (Äquivalenz = Gleichwertigkeit), souveräne, aber antagonistische (= gegensätzliche, feindliche) Nachfolger. Die beiden deutschen Staaten sind füreinander Ausland, die BRD muss die DDR völkerrechtlich anerkennen. Wiedervereinigung ist deshalb nicht möglich.

**ZWEI-STAATEN-ZWEI-NATIONEN-THESE**

Das Deutsche Reich ist nicht untergegangen, besteht weiter (Kontinuität), lebt aber nur in der BRD fort (Identität Deutsches Reich – BRD). Der andere Staat ist nur geografischer Raum bzw. neu entstandener De-facto-Staat ohne Legitimation. Daraus ergeben sich: Rechtsnachfolge, Alleinvertretungsanspruch. Nichtanerkennung der DDR.

**EINE-NATION-THESE**



## Die neue Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition

### Grundlagen

- Einordnung in den europäischen Rahmen der Entspannung
- Festhalten an den Kernpositionen (Wiedervereinigung, Einheit der Nation)
- Angebot von Verhandlungen auf gleichberechtigter Ebene
- Anerkennung der DDR als existierender Staat, der innerdeutschen Grenze; aber keine völkerrechtliche Anerkennung (als Ausland)
- Angebot des Gewaltverzichts

### Ziele

- Beitrag zur Politik der Entspannung
- vom geregelten Nebeneinander zum Miteinander der deutschen Staaten
- dadurch Milderung der Teilung und
- Veränderung der sozialistischen Herrschaft („Wandel durch Annäherung“)

### Bedeutung

- De-facto-Aufgabe der bisherigen Bonner Deutschlandpolitik
- De-facto-Anerkennung der DDR als souveräner Staat
- realistische Ost- und Deutschlandpolitik
- Ersetzen der Hallstein-Doktrin durch die Scheel-Doktrin (Bitte, die DDR erst nach Abschluss eines „innerdeutschen Sonderverhältnisses“ anzuerkennen)

### Aufnahme

- Ausland: große Zustimmung in Ost und West („Meilenstein der Entspannung“)
- BRD: heftig umstritten (CDU/CSU)
- vergiftet die innenpolitische Atmosphäre
- Personalisierung und Verteufelung der Politik Brandt („Ausverkäufer“, „Vaterlandsverräte“)



## Die Ostverträge

### Moskauer Vertrag

- Leitmotive (Präambel): Friedenssicherung, Charta der Vereinten Nationen, Verbesserung der Beziehungen sowie der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit
- Art. 1: Ziele: Friedenssicherung, Entspannung und Normalisierung der Lage in Europa auf der Basis des Status quo
- Art. 2: Gewaltverzicht
- Art. 3: Achtung der territorialen Integrität der europäischen Staaten, Unverletzlichkeit der Grenzen (inkl. Oder-Neiße-Grenze und der innerdeutschen); keine Gebietsansprüche

### Warschauer Vertrag

- Präambel: Erinnerung an die leidvolle Vergangenheit; Ziele: Friedenssicherung; friedliches Zusammenleben, normale Beziehungen
- Art. 1: Oder-Neiße-Grenze ist „Staatsgrenze Polens“; Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, Achtung der territorialen Integrität, keine Gebietsansprüche
- Art. 2: Beziehungen auf der Grundlage der UN-Charta (= Gewaltverzicht)
- Art. 3: wirtschaftliche, wissenschaftliche, wissenschaftlich-technische, kulturelle Zusammenarbeit

## Auswirkungen

Anerkennung der „Realitäten“ durch Status-quo-Politik (Grenzen, Machtverhältnisse); Verbesserung des Verhältnisses zur UdSSR, zu Polen und den Ostblockstaaten; Rückgewinnung des außenpolitischen Handlungsspielraums; Festhalten an Wiedervereinigung (durch den „Brief zur deutschen Einheit“)



## Die Situation Berlins bzw. Westberlins

vor 1971	nach 1971
<b>Status</b>	
UdSSR bestreitet Viermächte-Verantwortung	Viermächte-Verantwortung bestätigt
<b>Zugang nach Westberlin</b>	
Keine Regelung; Willkür der DDR gegenüber Durchreisenden; langwierige, oft schikanöse Abfertigung von Gütertransporten	verbindliche Regelungen, Verpflichtung der UdSSR, für unbehinderten Zugang zu sorgen; plombierte LKW, keine Kontrollen
<b>Bindung Westberlins an die BRD</b>	
Westberlin kein Teil der BRD; aber de facto: Rechts-, Wirtschafts- und außenpolitische Einheit; Westberliner Abgeordnete beraten nur	Bestätigung der gewachsenen Bindungen, keine BRD-Hoheitsakte mehr in Westberlin; Westberliner Abgeordnete beraten nur
<b>Regelungen für Westberliner</b>	
Nur Besuche in dringlichen Familienangelegenheiten; kein Telefonverkehr	30 Eintages-Verwandtenbesuche in Ostberlin und DDR; Telefonverkehr
<b>Bedeutung</b>	
Bestätigung des Viermächte-Status; keine abschließende Lösung der Berlinfrage; Entspannung der Lage Berlins, insbesondere Westberlins durch praktische Regelungen; Erleichterung des Zusammenlebens der Berliner; wesentliche Voraussetzung für die Entspannung in Europa	



## Bedingungsfaktoren des Grundlagenvertrags

Entspannung, gesamteuro-  
päische Friedenskonferenz

wirtschaftliche Bedürfnis-  
se von UdSSR und DDR

Brandt'sche Ost- und  
Deutschlandpolitik

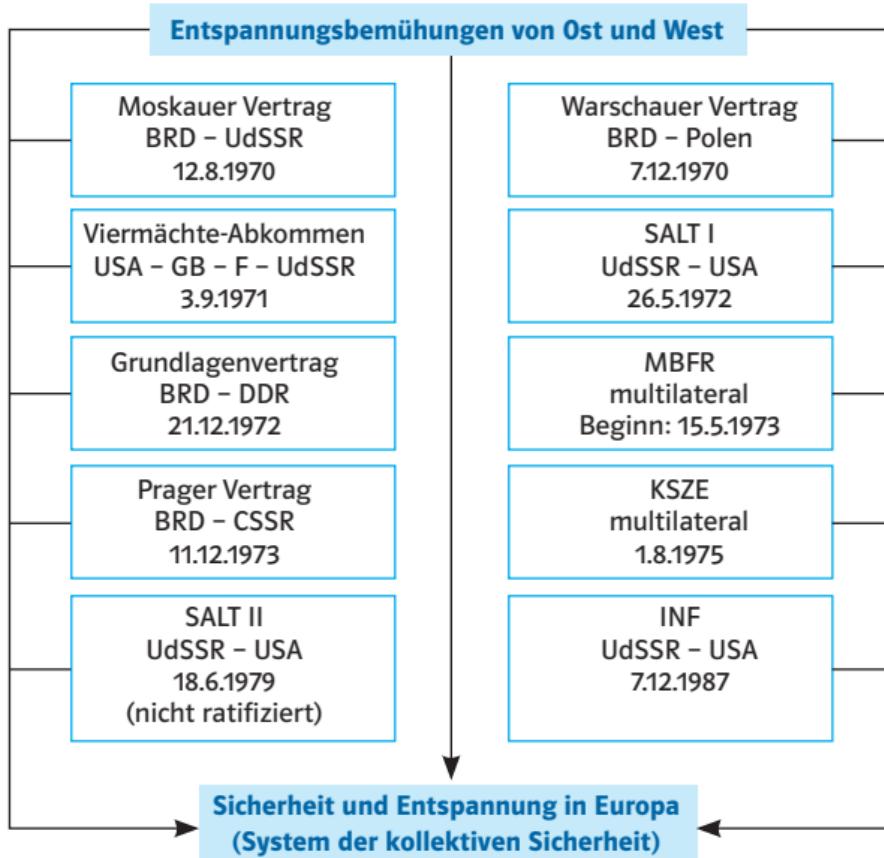
### Inhalte

- Präambel: Beitrag zur Entspannung und Sicherheit, Unverletzlichkeit der Grenzen; Gewaltverzicht; unterschiedliche Auffassung von Nation; verbesserte Zusammenarbeit
- Art. 1: „Gutnachbarliche“ Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung
- Art. 2: Grundlage des Verhältnisses: Charta der UN (Gewaltverzicht, souveräne Gleichheit, Achtung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität)
- Art. 3: Grenzachtung, Gewaltverzicht
- Art. 4: Ende des Alleinvertretungsanspruchs
- Art. 5: Deutscher Beitrag zur Abrüstung und zur europäischen Friedenskonferenz
- Art. 6: Betonung der Souveränität
- Art. 7: Normalisierung wichtiger Bereiche (Wirtschaft, Wissenschaft, Verkehr etc.)
- Art. 8: Austausch von „ständigen Vertretern“

### Konfliktpotenzial

Nationale Frage bzw. Wiedervereinigung; völkerrechtlicher Status der DDR; unterschiedliche Interpretation der „gutnachbarlichen Beziehungen“





### **Politische Ursachen**

- Suprematie der SED, Machtlosigkeit der anderen Parteien
- keine Unterstützung durch die UdSSR
- Diskrepanz zwischen Pseudodemokratie und politischer Realität
- Grundrechte nur im sozialistischen Rahmen
- Verfolgung Oppositioneller

### **Gesellschaftliche Ursachen**

- Zweiklassengesellschaft (Normalbürger – Funktionäre)
- Bevormundung, Gängelung, erzwungene Unterstützung
- SED und der Sozialismus verlieren an Glaubwürdigkeit
- andere Bezugssysteme (westliche Demokratie, BRD, Polen, UdSSR seit 1985)

### **Wirtschaftliche Ursachen**

- niedriger Lebensstandard, schlechte Versorgungslage
- schlechte Wohnverhältnisse
- schlechte Infrastruktur
- unverhältnismäßig teure „Luxusgüter“
- unterschiedliches Warenangebot für Normalbürger und Devisenbesitzer



### **Hauptursache**

Grundlegende Probleme: Gesellschaftspolitisches System, das von der UdSSR installiert wurde ohne Berücksichtigung der historischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands; die Übertragung des totalitären sowjetisch-stalinistischen Systems und seine Durchsetzung sowie Erhaltung erzeugten eine permanente Anreicherung von Konfliktpotential. Die Hauptursache ist also – wie bei den anderen Ostblockstaaten– die gesellschaftliche Krise des poststalinistischen Sozialismus.



**1989:**

- 07.05. Manipulierte Kommunalwahlen lösen im Juli und August Fluchtwellen von DDR-Bürgern über Ungarn und in BRD-Botschaften in Warschau und Prag aus
- 04.09. erste Montagsdemonstration in Leipzig, ca. 1000 Menschen; Forderungen: Reisefreiheit, „Stasi raus!“ Ausweitung der Demonstrationen in den nächsten Tagen auf andere Großstädte; brutales Vorgehen der Stasi
- 10.09. Gründung „Aufbruch 89-Neues Forum“
- 11.09. Ungarn öffnet die Grenze zu Österreich
- 02.10. Gründung der Oppositionsgruppe „Demokratischer Aufbruch“
- 07.10. 40-Jahresfeier; Beginn der Revolution (Berlin, Alexanderplatz)
- 09.10. 75 000 Leipziger fordern politische Reformen
- 16.10. Massendemonstration Leipzig (ca. 110 000); kein Waffeneinsatz der „Ordnungskräfte“ (= friedliche Revolution)

18.10. Entmachtung Honeckers, Nachfolger Egon Krenz (SED)

04.11. Massendemonstration Ostberlin, ca. 600 000, politische Forderungen

09.11. Öffnung der Grenze

17.11. neuer Regierungschef: Hans Modrow (SED)

01.12. die Volkskammer (VK) streicht die führende Rolle der SED aus der Verfassung; Anfang Dez.: Forderungen nach Wiedervereinigung

06.12. Egon Krenz tritt zurück

07.12. erstes Zusammentreffen des „Runden Tisches“

**1990:**

- 20.01. SED benennt sich in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) um
- 18.03. Volkskammer-Wahl, Sieg der CDU
- 05.04. Verfassungsänderung durch die VK: die DDR ist kein „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ mehr



## CHARAKTERISTIKA

	1989/90 DDR
1. Starke gesellschaftliche, politische und/oder wirtschaftliche Konflikte	seit Mitte der Achtzigerjahre unübersehbar und wachsend
2. Träger: Masse des Volkes	Masse des Volkes
3. Kurzer Verlauf	Oktober 1989 – Frühjahr 1990
4. Bewaffnete Gewalt	friedlicher Verlauf
5. Besetzung der Machtpositionen	neue Parteien, demokratisch gewählt
6. Tief greifende Umgestaltung der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse	aus der sozialistischen DDR entstehen 1990 Länder der freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik
7. Radikaler Bruch mit gesellschaftspolitischer Tradition/Kontinuität	Scheitern des Sozialismus, Untergang der DDR
8. Völlig neues Herrschafts-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystem	Demokratie; pluralistische Gesellschaft; freie, soziale Marktwirtschaft

**Vergleich:** Die Ereignisse von 1848/49 und 1919 sind keine Revolutionen, bei denen von 1989/90 handelt es sich um eine wirkliche Revolution.



## **Die 2+4-Verhandlungen 1990**

**13.1.** Die ehemaligen Besatzungsmächte, die BRD und die DDR, beschließen auf der KSZE-Konferenz von Ottawa die 2+4-Verhandlungen

**5.6.** Erstes 2+4-Treffen (Bonn). 4 Problembereiche: Aufgabe der alliierten Vorbehaltstrechte, Berlin-Problem, politisch-militärische Fragen; Grenzfragen; Keine Einigung

**Mai/Juni** Deutsch-sowjetische Annäherung

**21.6.** (Genscher und Schewardnadse); gleichlauende Entschließungen von Bundestag und Volkskammer, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Zweites 2+4-Treffen (Niederschönhausen). Keine Einigung über Paktzugehörigkeit

**14.–16.7.** Treffen Kohl-Gorbatschow (Moskau, Kaukasus). Gorbatschow gesteht dem vereinten Deutschland die freie Bündniswahl zu

**17.7.** Drittes 2+4-Treffen (Paris): Oder-Neiße-Grenze endgültig; 2+4-Vertrag statt eines Friedensvertrags

**12.9.** Viertes 2+4-Treffen (Moskau): Unterzeichnung des 2+4-Vertrags („Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“)

## **Wesentliche Inhalte des 2+4-Vertrags**

Die Grenzen des vereinten Deutschlands sind die der BRD und der DDR; Beendigung der alliierten Rechte und Verpflichtungen bezüglich Berlin und Deutschland; volle Souveränität des vereinten Deutschland, das militärische Fragen „verantwortungsbewusst entscheidet“ (Protokollnotiz)

## **Die Bedeutung des 2+4-Vertrags**

Ersetzt den Friedensvertrag, beendete die Teilung Deutschlands, verstärkt die Entspannung, beschleunigt die Einigung Europas; wichtigstes Dokument nach 1945



## 1. Vereinigungspläne

- 1989 **28.11. Kohls „Zehnpunkteprogramm** zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas": Hilfe für die DDR; Fortsetzung der Zusammenarbeit und deren Vertiefung nach Reformen in der DDR; Ausbau einer Vertragsgemeinschaft; Konföderation der beiden Staaten; Einbindung in den europäischen Prozess; Handelsabkommen zwischen EG und DDR; Fortführung des KSZE-Prozesses; Abrüstung und Rüstungskontrolle; Vereinigung.
- 1990 **1.2. Modrows Vierstufenplan** „Für Deutschland einig Vaterland": Vertragsgemeinschaft; Konföderation; Übertragung von Souveränitätsrechten an sie; Schaffung einer Deutschen Föderation (oder eines Deutschen Bundes). Voraussetzung: militärische Neutralität.

## 2. Die Volkskammerwahl (18.3.):

Gewinner: CDU; Verlierer: SPD, Bündnis 90; ausschlaggebend dafür: Art der Vereinigung (Art. 23 oder 146 GG bzw. Erhaltung der sozialistischen DDR); die Wahl bewirkt die schnelle Vereinigung.

## 3. Die vertraglichen Grundlagen

- 18.5. **Staatsvertrag** („Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“)
- 31.8. „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – **Einigungsvertrag**“ (juristische Grundlagen der Vereinigung)



### **Bestimmungen des Staatsvertrags:**

- Einheitliches Wirtschaftsgebiet (= Währungs- und Wirtschaftsunion)
- Einführung der D-Mark in der DDR zu bestimmten Umtauschkursen
- Liberalisierung der Wirtschaft (= Aufgabe der Planwirtschaft)
- Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR
- Übernahme des bundesrepublikanischen Systems der sozialen Sicherheit
- Beitritt der DDR bzw. zu schaffender Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes
- Vereinigung Berlins, Hauptstadt der BRD
- Änderung der Präambel des Grundgesetzes
- Übertragung des bundesrepublikanischen Rechts auf die DDR
- das Vermögen der DDR wird Bundesvermögen, das des Ministeriums für Staatssicherheit erhält die Treuhandanstalt

### **Die Bedeutung der beiden Verträge**

Ende der Teilung Deutschlands, Ende der DDR, Lösung des europäischen Kernproblems seit 1945, Impuls für den europäischen Einigungsprozess

### **Die Bedingungsfaktoren**

- die wirtschaftliche Schwäche der UdSSR
- die vorbehaltlose Unterstützung der USA
- das zielgerichtete Vorgehen von Kohl und Außenminister Genscher

### **Die Vereinigung im In- und Ausland**

**Inland:** Freude, Überschwang, aber auch Skepsis wegen der raschen Vereinigung und deren Folgen.

**Ausland:** Befürchtungen, Ängste, (Dämon aus der Flasche); Gründe: Rolle Preußens (Pickelhaube) bzw. Deutschlands im 19. und 20. Jh.; wirtschaftliche Dominanz des vereinten Deutschland („Deutschmark über alles“); Rückfall in nationalstaatliches Denken.



## **Transformation einer ganzen Staatswirtschaft in die Marktwirtschaft**

„Abwicklung“ von 8 500 Volkseigenen Betrieben und Verwaltung von ca. 45 000 Einzelbetrieben durch die Treuhandanstalt (THA); schmerzhafter Transformationsprozess (Verlust von ca. 3,5 Mio. Arbeitsplätzen, sprunghafter Anstieg der Arbeitslosigkeit, westdeutsche Investoren); komplizierte Eigentumsfragen; 1994 Ende der THA; Fortführung ihrer Tätigkeit durch „Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben“ (BVS), Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Oberfinanzdirektionen.

## **Finanzielle Lasten**

Riesiger Schuldenberg durch wirtschaftliche Umstrukturierung (1994 ca. 128 Mrd. €); seit 1995 Solidaritätszuschlag aller Steuerpflichtigen für die neuen Bundesländer.

## **Entwicklung der neuen Bundesländer**

Insgesamt positive Entwicklung (hohe Steigerung der Wertschöpfung und der Produktivität, deutlicher Anstieg des Wohlstands (2006 ca. 88 % des Westniveaus). Kehrseite: Fast doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie im Westen, geringere berufliche Perspektiven, langsamere Entwicklung strukturschwacher Gegenden, Nährboden für Rechtsradikalismus.

## **Gesellschaftliche Probleme**

Umstellung des Alltagslebens, schwierige Arbeitsmarktsituation, langsame Anpassung an Westlöhne, schwierige Überprüfung der politischen Vergangenheit; Gefühl der Übervorteilung durch „Wesis“ und „Bürger 2. Klasse“ zu sein; Spannungen zwischen Ost- und Westdeutschen.

## **Hauptproblem**

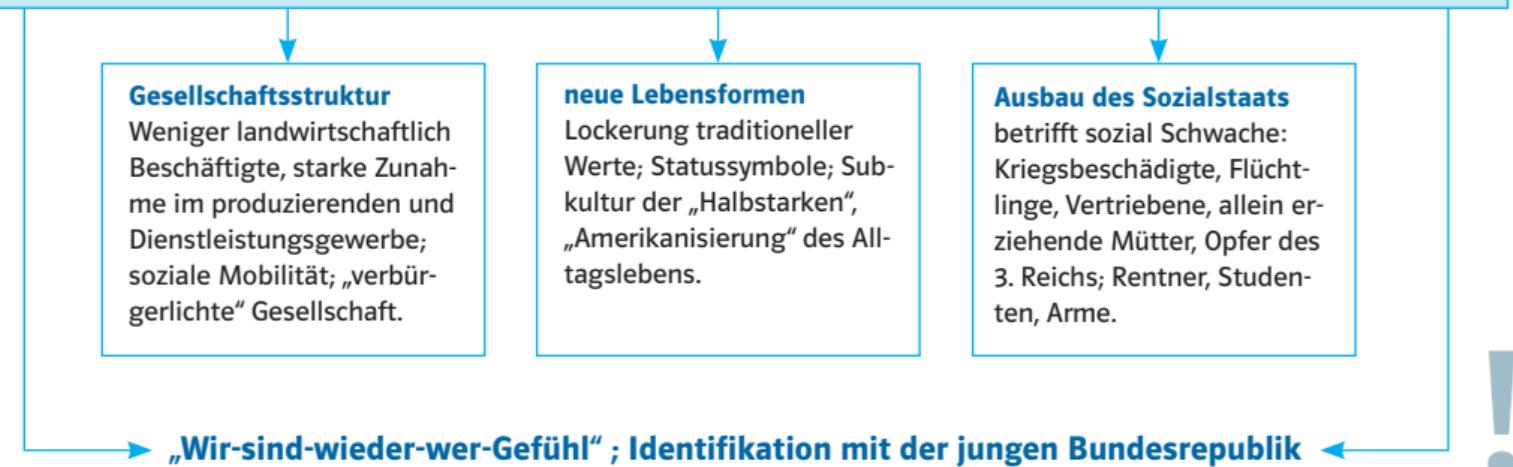
Diskrepanz zwischen der subjektiv-emotionalen Kritik und der Schwierigkeit, die positive Gesamtentwicklung wahrzunehmen und entsprechend zu würdigen.



## Wirtschaftswunder

**Verlauf:** Rasanter Wirtschaftsaufschwung seit Beginn der 50er; Vollbeschäftigung; Gastarbeiter; boomender Außenhandel; deutliche Erhöhung der Lebensqualität; verbesserte Sozialleistungen; wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufstiegschancen; Erhöhung der Löhne; „Fress-“, Motorisierungs- und Reisewelle; ausgeprägtes Konsumdenken; Aufstieg zur wichtigen Industrienation bis Ende der 50er.

**Ursachen:** Währungsreform und Marshall-Plan; wirtschaftliche Integration in den Westen, Mitgliedschaft in westeuropäischen Organisationen; kluge Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank; Aufbau moderner Produktionsanlagen, sehr hohe Produktivität; harte und intensive Arbeit der Bevölkerung; riesige, kriegsbedingte Nachfrage nach Wohnungen, Konsumgütern, moderner Technologie; niedriges Lohnniveau; genügend qualifizierte Arbeiter (Flüchtlinge, Vertriebene); Konzentration der USA auf den Koreakrieg.



**1963–1966:** Christlich-liberale Regierung Erhard (CDU); erste Rezession; Führungsschwäche Erhards; FDP verlässt die Regierungskoalition; Rücktritt des Kanzlers.

**1966–1969:** Große Koalition (CDU/CSU, SPD; „Verunftheirat“), Kanzler **Kiesinger** (CDU). Zielgerichtete Wirtschaftspolitik (konzertierte Aktion, Stabilitätsgesetz, antizyklische Wirtschaftspolitik); Entstehung der Außerparlamentarischen Opposition, (APO); sie bekämpfte: Autoritäten, Kapitalismus, das „verrottete“ Gesellschaftssystem („Establishment“); bürgerkriegsähnliche Situation; Zerfall der APO Ende der 60er. Folgen: „Marsch [Unterwanderung] durch die Institutionen“ (größter Teil) bzw. Gründung terroristischer Gruppen; große gesellschaftliche Bedeutung der 68er Bewegung (alternative Lebensformen, sexuelle Revolution, Erziehung und Familienleben, Selbstbestimmung der Frau, Politisierung der BRD).

**1969–1974:** Sozial-liberale Regierung Brandt (SPD). Neue Ost- und Deutschlandpolitik; ausgeprägte Reformpolitik; wachsende innenpolitische Probleme (zu „demokratischer“ Regierungsstil Brandts, teure Reformen, schwindende Mehrheit); Misstrauensvotum scheitert 1972 knapp; Rücktritt Brandts 1974 wegen Guillaume-Affäre.

**1974–1982:** Sozial-liberale Regierung Schmidt (SPD). Fortsetzung der Außen- und Deutschlandpolitik Brandts; initiiert den NATO-Doppelschluss; zwei Ölkrisen (1973/74 und 1979/80) verschlechtern die wirtschaftliche Lage. Veränderung der Parteienlandschaft (Die Grünen; Die Republikaner, Deutsche Volksunion); gesellschaftliche Konflikte (rechtsextreme Organisationen – Gastarbeiter, Aussiedler, Übersiedler, Asylanten); die FDP verlässt die Koalition, stürzt Schmidt.



### **1982–1998: Die Christlich-liberale Regierung Kohl**

(CDU) propagiert die „geistig-moralische Wende“. Insgesamt zweiseitige Erfolgsbilanz: Fortsetzung der sozial-liberalen Außen- und Deutschlandpolitik, große Verdienste bei der Vereinigung und – zusammen mit François Mitterand – Motor der europäischen Entwicklung. Mit seiner neoliberalen Wirtschaftspolitik (Förderung der Eigeninitiative, mehr Wettbewerb, weniger staatliche Eingriffe) kann Kohl die Dauerprobleme Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Gesundheitswesen nicht wirksam bekämpfen. Zunehmend Stillstand, Reformstau und Aussitzen problematischer Entscheidungen. Verschlechterung der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Situation durch die Vereinigung bzw. unerfüllbare Wahlversprechen (von 1990).

### **1998–2005: Rot-grüne Regierung Schröder (SPD).**

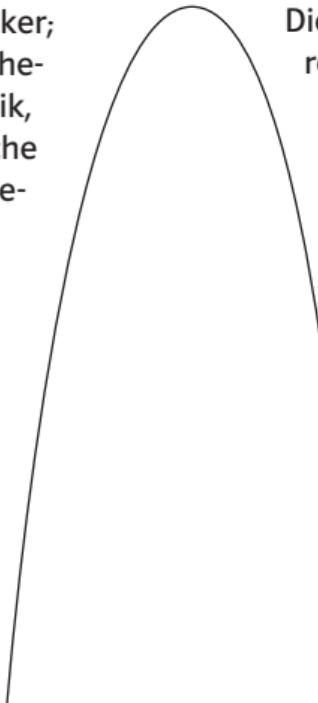
Fortführung der Deutschland- und Europapolitik der Vorgänger. Außenpolitisch eigenständiger „deutscher Weg“ (z. B. Ablehnung des Irak-Kriegs, keine Beteiligung). Seine „Agenda 2010“ bewirkt trotz umfassender Maßnahmen keine wirksame Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mitunter ungeschickte Vermittlung von Maßnahmen. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen weiter. Hauchdünner Gewinn der Bundestagswahl 2002. Wachsende Kritik an Schröders zu starker Medienpräsenz. Mai 2005: Schröder lässt Bundestag wegen (angeblich) nicht sicherer Unterstützung der Regierung durch die SPD-Bundestagsfraktion auflösen. Die Bundestagswahl vom September bringt SPD und CDU/CSU Verluste, erzwingt eine große Koalition.

**2005:** 22.11.: Angela **Merkel** (CDU) wird erste Kanzlerin der Bundesrepublik.



## Mitte der 70er

- 1971** Sturz W. Ulrichs durch E. Honecker; beachtliches Wirtschaftswachstum, höherer Lebensstandard, freiere Kulturpolitik, außenpolitische Anerkennung, sportliche Erfolge bewirken wachsende Identifizierung mit dem Staat
- 1966–1970** Wirtschaftlicher Perspektivplan
- 1965–1969** Bildungs- und Hochschulreform
- 1963** Neues ökonomisches System der Planung und Leitung (NÖS)
- 1961** 13.8. Bau der Berliner Mauer erzwingt Akzeptanz der Verhältnisse, ermöglicht relative Stabilisierung
- 1953** Arbeiteraufstand



Die Ölkrise (1973/74) beendet die „guten“ Jahre; Wirtschaftsrückgang, wachsender technischer Rückstand, stagnierender Lebensstandard. Verschlechterung durch die Ölkrise

**1979/80:** Staatsverschuldung, Wirtschafts- und Finanzkrise, Milliardenkredit aus der BRD (1983), Ende der liberalen Kulturpolitik, wachsende Kluft zwischen SED und Jugend, Entstehung von oppositionellen Bewegungen, Verschärfung staatlicher Repressalien.

**1989/90:** Massenflucht, 40-Jahresfeier, REVOLUTION, freie Volkskammerwahl, Staats- und Einigungsvertrag

**1949: 7.10. Gründung der DDR**

**Vereinigung (nach Art. 23) 3.10.1990**



- 1948 Brüsseler Pakt; Organization for European Economic Cooperation (OEEC) ohne BRD
- 1949 Europa-Rat (Beitritt BRD 1951)
- 1949 Gründung der Nato, BRD tritt 1955 bei
- 1951 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS = Montanunion)
- 1952 Europäische Verteidigungsgemeinschaft
- 1955 Westeuropäische Union (WEU)
- 1957 Römische Verträge (EWG, EURATOM)
- 1961 Organization for Economic Cooperation and Development (OECD)



- 1967 Europäische Gemeinschaften (= EGKS + EWG + EURATOM → EG)
- 1970 Europäische politische Zusammenarbeit (EPZ)
- 1975 Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, seit 1995: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE)
- 1985 Schengener Abkommen: F, BRD, Benelux-Staaten verzichten auf Personenkontrollen an ihren Binnengrenzen. Folgezeit: Ausweitung auf die EU-Staaten
- 1992 Vertrag von Maastricht (EU-Vertrag)
- 1999–2002 Einführung des EURO
- 2004 Vertrag über die Verfassung für Europa (gescheitert)
- 2004–2007 Osterweiterung der EU

